

5. Demokratischer Konföderalismus in der Praxis – Eine Alternative zur Entwicklung?

Im vorangegangenen Kapitel habe ich anhand der Verteidigungsschriften des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan die Theorie des demokratischen Konföderalismus dargestellt und überprüft, inwiefern diese die Wiederaneignung von Politik, Wirtschaft und Wissen durch die Gesellschaft möglich macht. Im Fazit des Kapitels habe ich festgehalten, dass der demokratische Konföderalismus nach Öcalan mit zentralen Kernideen des Entwicklungsdiskurses bricht und große Übereinstimmungen mit den Konzepten der Alternative zur Entwicklung aufweist. In diesem Teil der Arbeit soll nun geprüft werden, inwiefern der demokratische Konföderalismus in seiner praktischen Umsetzung den eigenen theoretischen Ansprüchen genügt und somit auch als Alternative zur Entwicklung begriffen werden kann. Als Untersuchungsfeld für diese Frage dienen die Gebiete Nord- und Ostsyriens, in denen ab 2012 ein Gesellschaftssystem etabliert worden ist, das sich an den Ideen Öcalans orientiert. Diese Gebiete haben unter der Bezeichnung »Rojava«¹ internationale Aufmerksamkeit erlangt.

Die Region Nord- und Ostsyriens ist nicht das erste Gebiet, in welchem die praktische Umsetzung des demokratischen Konföderalismus geprobt wird. Die ersten Schritte wurden bereits im Jahr 2005 in Nordkurdistan unternommen. Hier wurden erstmals die »freien Bürgerräte« gegründet. Die Bevölkerung organisierte sich in Stadtteil- und Stadtviertelräten sowie in einer breitangelegten Zivilgesellschaft (Tatort Kurdistan 2012: 11). Diese Organisierungsversuche mündeten 2011 in der Ausrufung der demokratischen Autonomie in Nordkurdistan durch den *Demokratischen Gesellschaftskongress* (türk. Demokratik Toplum Kongresi, kurz DTK),

1 Im Dezember 2016 wurde der Begriff »Rojava« aus der offiziellen Selbstbezeichnung der Selbstverwaltung gestrichen, um keinen ausgrenzenden Eindruck gegenüber der arabischen Bevölkerung zu vermitteln. Die neue Selbstbezeichnung lautete »Demokratische Föderation von Nord- und Ostsyrien« (Rojava Information Center 2019: 19). Im Jahr 2018 wurde die Selbstbezeichnung abermals verändert. Sie lautet seitdem »Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien« (Grasso 2021: 1).

welcher als Dachverband der Rätestrukturen und Zivilgesellschaft in Nordkurdistan fungierte (ebd.: 8). Die demokratische Autonomie war allerdings von kurzer Lebensdauer. Der türkische Staat hat zwischen 2009 und 2011 im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen mehrere tausend Aktivist:innen der Selbstverwaltungsstrukturen festnehmen lassen. Viele von ihnen wurden zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Durch diese Repressionswelle wurden die ersten Versuche der Umsetzung des demokratischen Konföderalismus zerschlagen (Jongerden/Akkaya 2013b: 184).

Ein weiteres Praxisbeispiel für die Umsetzung des demokratischen Konföderalismus bietet das Camp Mexmûr (Makhmour) im Nordirak. Hier leben etwa 12.000 Menschen, die Anfang der 1990er Jahre vom türkischen Staat aus ihren Dörfern in Nordkurdistan vertrieben wurden. Statt wie viele andere Betroffene in die westlichen Metropolen oder in Richtung Europa zu emigrieren, zogen die späteren Campbewohner:innen gemeinschaftlich in Richtung Südkurdistan (Nordirak). Nach einer Odyssee durch verschiedene Orte konnten sie sich ab 1998 in der nordirakischen Region Mexmûr niederlassen. Dort hat die Bevölkerung, die seit jeher solidarisch mit der Arbeiterpartei Kurdistans ist, im Zuge des Paradigmenwechsels der PKK den Entschluss gefasst, sich im Sinne des demokratischen Konföderalismus zu organisieren. Heute gibt es im Camp fünf Bezirke mit jeweils vier Kommunen. Die in Form von Rätestrukturen organisierten Kommunen sind direkt in der Basis angesiedelt und gelten als wichtigste politische Entscheidungsinstanz. Von hier aus werden Delegiert:innen an die Bezirksräte und von dort wiederum an den Volksrat als Dachorganisation des gesamten Camps entsendet. Der Volksrat als höchste Instanz verfügt über unterschiedliche Komitees, die für gesellschaftliche Bereiche wie Gesundheit, oder Bildung verantwortlich sind (o.V. 2019: 1f.).

Auch in der nordirakischen Stadt *Şengal* (Sindschar) werden seit dem Jahr 2015 Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut, die sich am Konzept des demokratischen Konföderalismus orientieren. Der Entschluss zum Aufbau der Selbstverwaltung war eine Reaktion auf die traumatischen Ereignisse, welche die Menschen im Zuge des Genozids durch den IS im August 2014 erlebten (Kavâlek 2016: 2). Neben dem Aufbau von Rätestrukturen stellen die bewaffneten *Widerstandseinheiten von Şengal* (kurd. *Yekîneyên Berxwedana Şengalê*, kurz YBŞ) und die *Fraueneinheiten von Şengal* (kurd. *Yekîneyên Jinên Şengalê*, kurz YJŞ) die Kernelemente der Selbstverwaltungsstrukturen dar (Koontz 2020).

Auch wenn diese Beispiele für die Umsetzung des demokratischen Konföderalismus einen wichtigen Erfahrungsfundus bieten, stellt die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien das bislang bedeutendste Praxisbeispiel dar. So zeichnet sich das Exempel Nord- und Ostsyriens zunächst einmal durch seine geographische Größe und seine vielfältige demographische Zusammensetzung aus. Im Zuge der militärischen Operationen unter dem Kommando der *Demokratischen Kräfte Syriens* (arab. *Quwwât Sûriyâ ad-dîmuqrâtîya*, kurz QSD) konnten ab 2015 Gebiete, die

unter der Kontrolle des IS standen, sukzessive befreit werden. Hierzu gehören auch arabisch-dominierte Regionen wie Minbic, Raqqa und Deir ez-Zor. In diesen Gebieten sind ebenfalls zeitnah nach der militärischen Befreiung Rätestrukturen gebildet worden, die Teil der demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien sind (Rojava Information Center 2019: 9f.). Die arabische und kurdische Bevölkerung stellen zwar die beiden größten, aber nicht die einzigen ethnischen Gruppen in Nord- und Ostsyrien dar. Darüber hinaus leben eine größere Anzahl Suryoye (Assyrer:innen, Aramäer:innen und Chaldäer:innen) sowie Armenier:innen und eine kleinere Anzahl an Tscherkess:innen, Tschetschen:innen und Mitglieder der Gemeinschaft der Nawar in den Gebieten (Schmidinger 2014: 21–25, 28). Die Gesamtbevölkerung von Nord- und Ostsyrien wird auf vier bis fünf Millionen Menschen geschätzt, wodurch sich die Größenordnung der Selbstorganisation im Sinne des demokratischen Konföderalismus deutlich von den Beispielen in Şengal und Mexmûr abhebt (Rojava Information Center 2019: 13).

Die faktische Nichtexistenz der nationalstaatlichen Institutionen in der Region stellt eine weitere zentrale Besonderheit des untersuchten Beispiels dar. Denn ausgenommen derjenigen Gebiete in Nordsyrien, die militärisch von der Türkei besetzt wurden, übt die Selbstverwaltung die administrative Hoheit über weite Teile Nord- und Ostsyriens aus. Eine Ausnahme bilden einige kleinere Bezirke in den Städten Qamişlo und Hesekê, die weiterhin vom syrischen Regime kontrolliert werden (Knapp/Jongerden 2016: 95). In Mexmûr und im Şengal ist die Präsenz staatlicher Kräfte viel spürbarer, auch wenn die Menschen durch ihre Selbstorganisation versuchen, die staatlichen Stellen aus ihrem Alltag herauszuhalten. Auch in Nordkurdisten wurde der Versuch unternommen, durch die Selbstorganisation die omnipräsente Staatlichkeit stückweise zurückzudrängen, was jedoch an den Repressionsmaßnahmen des Staates weitgehend gescheitert ist.

Eine Gemeinsamkeit aller Regionen, in denen der demokratische Konföderalismus geprobt wird, ist die allgemeine politische Instabilität. Die Region Nord- und Ostsyriens ist ebenso einer ständigen militärischen Bedrohung ausgesetzt wie Mexmûr und Şengal. Während bei den letztgenannten die irakische Zentralregierung, der türkische Staat, aber auch die Demokratische Partei Kurdistans die Selbstverwaltungsstrukturen bedrohen, sind es im Fall von Nord- und Ostsyrien in erster Linie der türkische Staat, der IS und die syrische Regierung. Darüber hinaus sorgt das faktische wirtschaftliche Embargo, mit dem die Region konfrontiert ist, für eine ökonomische Instabilität in Nord- und Ostsyrien.

Die oben genannte Bedrohungslage erklärt auch, weshalb das Vorhaben, vor Ort über die Umsetzung des demokratischen Konföderalismus in Nord- und Ostsyrien zu forschen, kein einfaches Unterfangen ist. Bereits der Grenzübertritt und somit der Feldzugang für auswärtige Forscher:innen ist an große Hürden geknüpft. Gelingt dieser, können die Sicherheitsrisiken vor Ort den Aktionsradius der forschenden Person stark einschränken. So ist das Ausfindigmachen von passenden Inter-

viewpartner:innen nur durch Kontaktpersonen vor Ort oder durch die Referenz anderer Aktivist:innen möglich. Mittlerweile gibt es zwar ein relativ breites Spektrum an wissenschaftlichen Arbeiten über die »Revolution von Rojava«², doch die wenigsten basieren auf der Grundlage von eigener Feldforschung (Dirik 2021: 2). Die vorliegende Dissertation verfolgt deshalb auch den Anspruch, diese Lücke ein Stückweit zu schließen und die Aktivist:innen vor Ort selbst zu Wort kommen zu lassen. Als Aktivist:innen werden in diesem Zusammenhang Menschen verstanden, die an den Selbstverwaltungsstrukturen partizipieren und deshalb als Interviewpartner:innen wichtige Einblicke in die Arbeit ihrer politischen und gesellschaftlichen Strukturen geben können.

Für dieses Kapitel wurden über knapp sechs Monate hinweg insgesamt 28 Interviews mit Menschen geführt, die in den zivilen Selbstverwaltungsstrukturen tätig sind. Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte über ein Schneeballsystem. Bereits vor Betreten des Forschungsfeldes wurde der Kontakt zu einer zivilen Struktur in Nordsyrien aufgebaut. Mit deren Hilfe konnten erste Interviewpartner:innen ermittelt werden. Viele von ihnen konnten anschließend weitere Gesprächspartner:innen empfehlen oder den Kontakt herstellen. Bei der Auswahl der Interviewpartner:innen wurde darauf geachtet, ein möglichst umfangreiches Bild von den zivilen gesellschaftlichen Strukturen zu erhalten. Auch wenn die meisten Interviews aufgrund des einfacheren Zugangs und der geringeren Sprachbarriere in kurdisch-dominierten Gebieten geführt wurden, konnten unter Zuhilfenahme von Dolmetscher:innen auch einzelne Interviews mit arabischen Aktivist:innen aus den mehrheitlich nicht-kurdischen Regionen geführt werden.

Die Untersuchung der gesellschaftlichen Strukturen in Nordsyrien ist stets eine Momentaufnahme (Knapp/Jongerden 2016: 104). Immer wieder wurde mir in den Gesprächen mitgeteilt, dass sich die noch »junge Revolution« im Entfaltungsprozess befindet. Während meines Aufenthalts haben die Verantwortlichen beispielsweise die Veränderung der Größe der Kommunen beschlossen. Der Aufbau von gesellschaftlichen Strukturen soll eine möglichst umfassende wie wirksame Selbstverwaltung ermöglichen. Um dies zu erreichen, wird experimentiert. Erfüllen die geschaffenen Strukturen diesen Zweck nicht, werden sie verändert oder aufgelöst. Es herrscht kein dogmatisches Festhalten an bestehenden Strukturen vor (Pervin Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34). Insofern stellen die in den nachfolgenden Abschnitten vorgestellten gesellschaftlichen Strukturen lediglich einen Ist-Zustand der »Revolution von Rojava« im Jahr 2021 dar.

Bevor ich auf diese näher eingehen werde, sollen zunächst die Etappen der »Revolution von Rojava« seit 2012 dargestellt werden. Hier werde ich die noch junge Geschichte der »Revolution«, die politischen und militärischen Entwicklungen seit

2 Einen unvollständigen Überblick über die wissenschaftlichen Arbeiten zu Rojava bieten Hoffmann und Matin (Hoffmann/Matin 2021: 968).

Ausrufung der Selbstverwaltung sowie die anhaltende Bedrohungslage für Nord- und Ostsyrien skizzieren. Im darauffolgenden Abschnitt werde ich anhand der Ergebnisse aus den Interviews die gesellschaftlichen Selbstverwaltungsstrukturen, ihre Arbeit und ihre Ziele vorstellen. Diese Vorstellung erfolgt entlang der drei Hauptkategorien, die bereits im vorangegangenen theoretischen Teil der Arbeit zur Anwendung kamen: Wiederaneignung der Politik, Wiederaneignung der Ökonomie und Wiederaneignung des Wissens. Im Anschluss an die Vorstellung der gesellschaftlichen Strukturen soll mit Hilfe der Haupt- und Unterkategorien aus Kapitel 4.11 die zweite zentrale Fragestellung der Forschungsarbeit beantwortet werden: Stellt der demokratischen Konföderalismus in seiner praktischen Umsetzung eine »Alternative zur Entwicklung« dar?

5.1 Die Rojava-Revolution – Ein historischer Abriss

Auch wenn das Jahr 2012 als der Beginn der »Revolution von Rojava« gilt, wird der Aufstand von Qamişlo im Jahr 2004 oftmals als der eigentliche Ausgangspunkt benannt (Vgl. Flach et.al 2015: 106f.; Knapp/Jongerden 2016: 94). Nach den Ereignissen rund um das Fußballspiel zwischen einem kurdischen Verein aus Qamişlo und einem arabischen Verein aus Deir ez-Zor und den darauffolgenden landesweiten Aufständen intensivierten die kurdischen Parteien in Syrien ihre Bemühungen bei der Organisierung der Gesellschaft und dem Aufbau von klandestinen Strukturen.³ Eine zentrale Rolle beim Aufstand von 2004, den darauf folgenden Selbstorganisationsbestrebungen in der Gesellschaft und schließlich bei der Revolution von Rojava spielte die *Partei der Demokratischen Einheit* (kurd. Partiya Yekîtiya Demokrat, kurz PYD) (Gunter 2014: 42; Khalaf 2016: 8). Die 2003 gegründete PYD vertritt einen politischen Kurs, der sich an den Ideen Abdullah Öcalans orientiert (Allsopp 2015: 41). Im Jahr 2005 gab zudem der kurdische Frauendachverband in Rojava *Yekitiya Star* seine Gründung bekannt. Auch sie organisierte sich ebenso wie die PYD zunächst im Untergrund und sollte später zu einer tragenden Säule der Revolution werden (Andrea Wolf Institut 2020: 57).

Mit Beginn der Aufstände in Syrien im Zuge des Arabischen Frühlings traten ab März 2011 die zuvor klandestin organisierten Rätestrukturen in Rojava in die Öffentlichkeit. Kurze Zeit später wurde die Gründung von bewaffneten Einheiten, der *Selbstverteidigungseinheiten des Volkes* (kurd. Yekîneyên Xweparastina Gel, kurz YXG) bekanntgegeben (Flach et al. 2015: 80). Während sich die Aufstände in Syrien zeitnah in einen Bürgerkrieg verwandelten, blieb es in den kurdischen Gebieten Rojavas zunächst vergleichsweise ruhig (Lowe 2014: 227). Dadurch konnte die Selbstorganisation der Bevölkerung, auch durch die Gründung der *Bewegung für eine Demokratische*

3 Zum Aufstand von Qamişlo siehe S. 93f. in vorliegender Arbeit.

Gesellschaft (kurd. Tevgera Civaka Demokratîk, kurz TEV-DEM) im Januar desselben Jahres, intensiviert werden. Gegründet von Mitgliedern der PYD hatte TEV-DEM die Verantwortung, die bottom-up Organisation der Gesellschaft voranzubringen (Barkhoda 2016: 82). Das Baath-Regime verfolgte die Entwicklungen in Rojava mit Sorge, doch in Damaskus wurde der Auseinandersetzung mit den Aufständen im Rest des Landes zunächst Priorität eingeräumt. Um die kurdische Bevölkerung zu beschwichtigen, kündigte Bashar al-Assad an, einem Teil der staatenlosen Kurd:innen die syrische Staatsbürgerschaft zu verleihen (Cemgil/Hoffmann 2016: 60).

Die eigentliche »Revolution von Rojava« ereignete sich schließlich in der Nacht vom 18. auf den 19. Juli 2012. In Kobanê gelang es der Bevölkerung gemeinsam mit den Volksverteidigungseinheiten (YPG), der Nachfolgeorganisation der YXG, die bewaffneten Kräfte des syrischen Regimes aus der Stadt zu verdrängen und die Kontrolle zu übernehmen. In den nächsten Tagen folgten auch andere Städte Rojavas dem Vorbild Kobanê. Mit dem weitgehenden Ende der Präsenz des syrischen Regimes in Rojava traten nun die Rätestrukturen in den Vordergrund (Flach et al. 2015: 84, 108). Über den Rückzug der Regimekräfte aus Rojava gibt es zwei Narrative. Gegner:innen der PYD werfen ihr vor, einen Deal mit dem Baath-Regime ausgehandelt zu haben, während die Aktivist:innen der Revolution davon sprechen, dass die Kräfte des Regimes durch die Bevölkerung und die bewaffneten Kräfte herausgedrängt worden sind (Barkhoda 2016: 82). Letztendlich führte der Rückzug des Regimes dazu, dass ab Mitte 2012 die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen die Kontrolle über drei geographisch voneinander getrennte »Inseln« erlangten, die sich in der Umzingelung von unterschiedlichen, zumeist feindlichen Akteur:innen befanden. Diese Gebiete wurden als »Kantone« bezeichnet und trugen von Ost nach West die Namen Cizîrê, Kobanê und Efrîn (Flach et al. 2015: 30). Die fehlende territoriale Verbindung war insbesondere in Bezug auf die Verteidigung der Kantone ein bedeutender Nachteil (Lowe 2014: 230). Nichtsdestotrotz wurden unter der Vorhut von TEV-DEM in allen drei Kantonen Selbstverwaltungsstrukturen aufgebaut. TEV-DEM fungierte als Dachorganisation für die Zivilgesellschaft und Rätestrukturen, die in der Basis gebildet wurden, und leistete zugleich Aufbauarbeit bei der Bildung von neuen Kommunen und Räten in den Stadtbezirken sowie im ländlichen Gebiet. Zwischen den verschiedenen Einheiten in der Basis wurde zudem ein Delegiert:innensystem erschaffen, das die Koordination zwischen den Räten ermöglichen sollte (Grasso 2021: 1). Durch die von TEV-DEM angetriebene Selbstorganisation gelang es der Gesellschaft, die lebensnotwendige Infrastruktur in den Kantonen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. So gehören eine täglich mehrstündige Stromversorgung sowie niedrige Kosten für Lebensmittel und Benzin zu den Errungenschaften von TEV-DEM (Sabio 2016: 58).

5.1.1 Der Kurdische Nationalrat

Neben der PYD und TEV-DEM sind zahlreiche weitere kurdische Parteien in Rojava aktiv, die zum Teil über eine deutlich längere Historie verfügen. Rund 20 dieser Parteien, deren Mitgliederzahl zwischen 50 und 5.000 variiert, gehen auf die 1957 gegründete Demokratische Partei Kurdistans in Syrien (siehe Seite 87 in vorliegender Arbeit), dem syrischen Ableger der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) aus Südkurdistan (Nordirak), zurück (Allsopp 2015: 17, 29). Am 26. Oktober 2011 schlossen sich zehn dieser Parteien unter dem Dach des *Kurdischen Nationalrates* (kurd. Encûmena Nîştimanî ya Kurdî li Sûriyeyê, kurz ENKS) zusammen. Ihnen gelang es allerdings im Gegensatz zur PYD und TEV-DEM nicht, das entstandene Vakuum in Rojava nach dem Rückzug der Kräfte des Baath-Regimes zu füllen (ebd.: 201, 208). Auf dem internationalen Parkett waren die Mitglieder des Kurdischen Nationalrates dennoch gern gesehen. Ihrem mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung zum Trotz wurden sie beispielsweise von den Vereinten Nationen zur Genf II Syrienkonferenz im Januar 2014 eingeladen. Nicht eingeladen zu der Konferenz zwischen der syrischen Opposition und dem Baath-Regime hingegen waren die Vertreter:innen der PYD und TEV-DEM (Flach et al. 2015: 91).

Die Kooperationsbemühungen zwischen TEV-DEM und ENKS waren nur von kurzem Erfolg gekrönt. Der 2012 gegründete *Hohe Kurdische Rat* (kurd. Desteya Bilind a Kurd), der sich aus je fünf Mitgliedern von TEV-DEM und PYD sowie fünf Mitgliedern des ENKS zusammensetzt, konnte aufgrund interner Unstimmigkeiten keine politisch relevante Bedeutung erlangen. Während der ENKS den Mitgliedern von TEV-DEM einseitiges Handeln ohne Rücksprache vorwarf (Allsopp 2015: 214), erklärte die Gegenseite, dass der ENKS nicht unabhängig, sondern unter dem Einfluss der Türkei und der südkurdischen Partei Barzanîs agiere (Flach et al. 2015: 82). Daraufhin baute der ENKS mit den Roj-Peshmerga eine unabhängige Miliz auf. Diese rund 3.000 Kämpfer:innen umfassende militärische Struktur wurde von den Peshmerga-Einheiten der PDK ausgebildet und unterhält ihre Stützpunkte weiterhin außerhalb der Grenzen Rojavas in Südkurdistan (Allsopp 2015: 212). Den Vorschlag der ENKS, Rojava nach dem Vorbild von Südkurdistan in zwei Einflussphären mit zwei unterschiedlichen bewaffneten Kräften zu teilen, wobei der Kanton Cizîrê der ENKS zufallen sollte, lehnt die PYD mit Nachdruck ab (Lowe 2014: 237; Flach et al. 2015: 91). In der Folgezeit spaltete sich ein Teil der PDK-nahen Parteien vom ENKS ab und beschloss, als systemimmanente Opposition Teil der Selbstverwaltung zu werden (Schmidinger 2018: 68). Die ideologischen Gräben zwischen dem ENKS und denjenigen politischen Kräften, die hinter dem Modell der Selbstverwaltung stehen, sind allerdings weiterhin tief. Neben ihrer Ablehnung des rätedemokratischen Systems stellt der ENKS auch den Anspruch auf Inklusivität aller ethnischer Gemeinschaften, insbesondere der Araber:innen, durch die Selbstverwaltung in Frage. So forderten die Mitglieder des Kurdischen

Nationalrates eine Rückführung aller arabischen Stämme, die ab 1965 im Zuge der Politik des arabischen Gürtels durch das Baath-Regime in Rojava angesiedelt worden sind. Die politischen Akteur:innen der Selbstverwaltung hingegen streben eine Einbindung dieser Bevölkerung in das politische System an (Schmidinger 2014: 142).

5.1.2 Verhältnis zur syrischen Opposition und die Politik des dritten Weges

Noch komplizierter gestalten sich die Beziehungen zwischen der Selbstverwaltung und denjenigen Gruppen, die als »syrische Opposition« zusammenfasst werden. Während sich anfangs die Aufstände in den syrischen Städten spontan entwickelten und Aktivist:innen, die sich in den »Lokalen Koordinationskomitees« organisierten, ihre prägenden Akteur:innen darstellten (Helberg 2012: 18, 22), dominierten schon bald verschiedene politische Strukturen, die sich vorwiegend aus Exil-Syrer:innen zusammensetzen, den Kampf gegen das Baath-Regime. Diese versammelten sich unter dem Dach des Syrischen Nationalrats (arab. al-Majlis al-Watani al-Suri), welcher in der Türkei tagte und die Unterstützung verschiedener westlicher Länder sowie der Golfstaaten erhielt (Flach et al. 2015: 79). In Syrien selbst trat als bewaffnete Struktur die Freie Syrische Armee (arab. al-Jaysh al-Suri al-Hur, kurz FSA) in Vorschein und lieferte sich in vielen Teilen des Landes schwere militärische Auseinandersetzungen mit dem Militär des syrischen Regimes. Die FSA unterstand allerdings keiner gemeinsamen Kommandostruktur, sondern bildete ein Label, unter dem verschiedenste bewaffnete Gruppierungen agierten, darunter auch solche mit islamistischer Gesinnung (Schmidinger 2018: 106). Für die Akteur:innen in Rojava gestaltete sich eine Kooperation mit der syrischen Opposition als äußerst schwierig. Insbesondere der Einfluss der Türkei auf den Syrischen Nationalrat erschwerte eine Annäherung zwischen den kurdischen Akteur:innen und der Opposition (Gunter 2013: 24). Denn Ankara betrachtet die PYD als Terrororganisation. Folglich wurden alle Errungenschaften in Rojava als Bedrohung für die eigene Interessenspolitik aufgefasst (Lowe 2014: 232). Ein weiteres Hindernis für eine Annäherung zwischen der syrischen Opposition und den Akteur:innen aus Rojava war die Tatsache, dass der syrische Nationalrat die »kurdische Frage« in Syrien nicht sonderlich anders als das Baath-Regime bewertete. So erklärte der ehemalige Vorsitzende der syrischen Exil-Opposition, Ahmed al-Jarba, dass es kein kurdisches Gebiet in Syrien gebe und die »Kurdenfrage« lediglich ein Instrument in den Händen ausländischer Mächte darstelle (Seyder 2013: 21). Auch mit der zentralen Forderung aus Rojava, dass ein zukünftiges Syrien dezentral gestaltet werden müsse, sympathisierte die syrische Opposition nicht (Allsopp 2015: 217).

Trotz der offensichtlichen Differenzen versuchte die Türkei anfangs noch Einfluss auf Rojava zu nehmen. So wurde im Juli 2013 der damalige Co-Vorsitzende der PYD, Salih Muslim, zu Gesprächen mit Staatsvertreter:innen in die Türkei eigela-

den (Lowe 2014: 233). Muslim erklärte im Nachgang, er habe bei dem Treffen unter anderem versucht, seine Gesprächspartner:innen davon zu überzeugen, dass aus Rojava keine Gefahr für die Türkei ausgehe (Gunter 2014: 117). Das Treffen zeigte allerdings keine Wirkung. Die Türkei verfolgte weiterhin einen feindlichen Ansatz gegenüber denjenigen Akteur:innen in Nordsyrien, die für die Selbstverwaltung eintreten. Im Jahr 2018 stellte sie sogar einen Interpol-Haftbefehl gegen Salih Muslim aus, der daraufhin kurzzeitig in Tschechien festgenommen wurde (DW 2018). Ein eher wohlwollendes Verhältnis pflegte Ankara hingegen gegenüber den kurdischen Parteien, die sich unter dem Dach des ENKS zusammengefunden hatten. Die Türkei war interessiert daran, dass diese Parteien gegenüber der PYD an Einfluss in Rojava gewannen (Allsopp 2015: 220).

Aufgrund der oben genannten Konstellation mit der syrischen Opposition verfolgte die Selbstverwaltung in Rojavas eine Politik »des dritten Weges«. Diese soll zum Ausdruck bringen, dass die Akteur:innen der Selbstverwaltung sich im Bürgerkrieg weder auf die Seite des Baath-Regimes noch auf die Seite der syrischen Opposition stellen. Der Fokus soll auf dem Aufbau und dem Schutz des eigenen Gesellschaftssystems liegen (Sunca 2021: 120f.). Zu dieser Strategie gehörte auch, dass keine Gebiete außerhalb der Kantone angegriffen oder erobert werden sollen (Flach et al. 2015: 108). Umgeworfen wurde dieser Grundsatz erst nach dem Angriff des IS auf Kobanê im Herbst 2014 und der darauffolgenden Gegenoffensive der Selbstverteidigungseinheiten auf die Städte im Norden und Osten Syriens, die Teil des sogenannten IS-Kalifats waren. Die Politik des dritten Weges führte dazu, dass die Akteur:innen Rojavas im Gegensatz zu den übrigen syrischen Oppositionsgruppen weniger anfällig für die Instrumentalisierung durch externe Kräfte waren und ihre eigene Agenda verfolgen konnten (Allsopp 2015: 216). Im Umkehrschluss bedeutete das allerdings auch, dass die Selbstverwaltung in den Anfangsjahren der Revolution keine internationale Unterstützung erhielt, während die syrische Opposition auf diplomatische, finanzielle und logistische Unterstützung des Westens und der Golfstaaten setzen konnte (ebd.: 220).

5.1.3 Rojava im Visier islamistischer Organisationen

Im Verlauf des syrischen Bürgerkrieges gewannen in den Reihen der Opposition und insbesondere innerhalb ihrer bewaffneten Strukturen zunehmend islamistische Gruppierungen die Überhand. Während sich die Muslimbrüder innerhalb des syrischen Nationalrates und ihrer Nachfolgeorganisationen als die dominante Kraft herauskristallisierten, übernahmen in der Freien Syrischen Armee verschiedene islamistische Gruppierungen die Überhand (Schmidinger 2018: 106). Zudem trat die al-Nusra Front als syrischer Ableger der Al-Qaida ab 2012 offen als eigenständige Kraft auf (Said 2014: 56), bevor schließlich auch der sogenannte Islamische Staat, der zuvor unter anderem Namen bereits im Nachbarland Irak agierte, 2013 ins Kriegs-

geschehen in Syrien eingriff und rasch große Gebiete unter seine Kontrolle brachte (ebd.: 69).

Die ersten Angriffe dschihadistischer Gruppen gegen die Gebiete der Selbstverwaltung in Rojava ereigneten sich bereits Ende 2012. Mit Unterstützung der Türkei griff die al-Nusra Front die Stadt Serêkaniyê (arab. Ras al-Ain) an der türkischen Grenze an (Sabio 2016: 76). Der erfolgreiche Widerstand der Kräfte von YPG und YPJ gegen islamistische Gruppierungen wie Al-Nusra hat dazu geführt, dass die Sympathien für die Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten weit über den Unterstützerkreis von PYD und TEV-DEM hinaus gewachsen sind (Lowe 2014: 234). Nach dem genozidalen Angriff des IS im nordirakischen Şengal und dem darauffolgenden Eingreifen der Gruppe in den syrischen Bürgerkrieg erreichten die kriegerischen Angriffe gegen die Selbstverwaltung in Nordsyrien eine neue Dimension. So rief der IS im September 2014 zur Großoffensive auf den Kanton Kobanê aus (Flach et al. 2015: 33). Bereits zuvor war es zu Auseinandersetzungen zwischen den Selbstverteidigungseinheiten Rojavas und dem IS gekommen. Denn als der IS Şengal eingenommen und tausende êzîdische Bewohner:innen der Stadt ermordet oder entführt hatte, griffen die kurdischen Einheiten aus Rojava jenseits ihrer Grenze in die Kampfhandlungen ein. Sie kämpften einen Korridor frei, über den bis zu 35.000 Menschen flüchten und in Nordsyrien Schutz finden konnten (Sabio 2016: 73). Im Zuge des Großangriffs auf Kobanê und des Widerstands der kurdischen Verteidigungseinheiten gegen die zahlenmäßig und militärisch überlegene Armee des IS erlangte die Revolution von Rojava erstmals in den westlichen Medien eine große Aufmerksamkeit (ebd.: 53). Das öffentliche Interesse und die weltweiten Solidaritätsaktionen mit dem Widerstand von Kobanê führten dazu, dass die von den USA angeführte internationale Koalition im Kampf gegen den IS den Verteidiger:innen der Stadt zur Seite sprang (ebd.: 75). Bis dahin hatten die militärischen Kräfte der Selbstverwaltung im Gegensatz zu den diversen bewaffneten Oppositionsgruppen in Syrien keine Unterstützung von internationalen Akteur:innen erhalten. Als allerdings der Druck der Öffentlichkeit auf die Länder der Internationalen Koalition zunahm, sahen sich die USA und ihre Partner:innen gezwungen, einzuschreiten. Aus Rücksicht auf das NATO-Mitglied Türkei definierte die Regierung in Washington die Unterstützung für die Einheiten der YPG und YPJ als rein taktische Zusammenarbeit (Gurbuz 2018: 1). Am 20. Oktober 2014 warf die US-Luftwaffe erstmals Hilfspakete für die Verteidiger:innen der Stadt ab. Es folgten Luftangriffe gegen IS-Stellungen, mit deren Hilfe die Kräfte der YPG und YPJ Schritt für Schritt den IS zurückdrängen und schließlich im Januar 2016 die vollständige Befreiung ihrer Stadt verkünden konnten (Sabio 2016: 78).

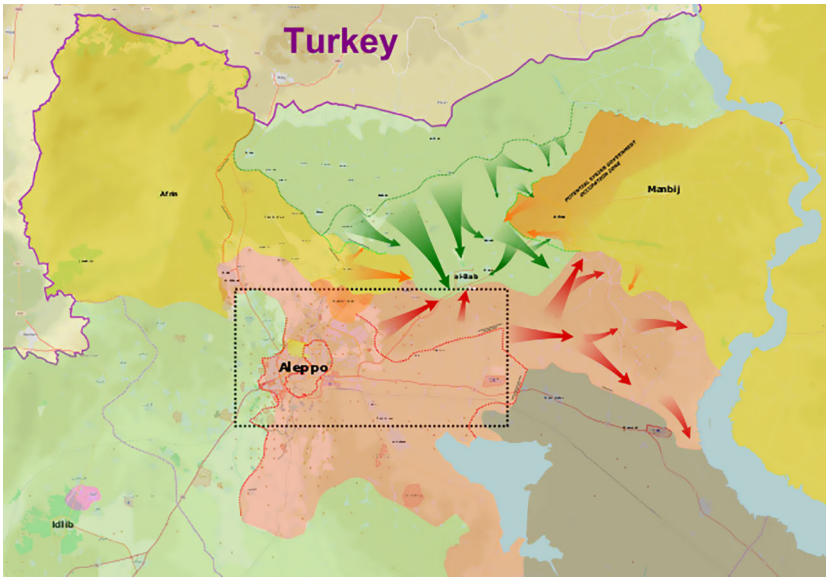
Nachdem der IS in Kobanê seine erste große militärische Niederlage erlitten hatte, setzte die Internationale Koalition ihre Zusammenarbeit mit den kurdischen Kräften fort, um weitere Städte des sogenannten Kalifats zu befreien. In diesem Rahmen wurden bereits im Oktober 2015 die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD)

gegründet, unter deren Dach neben den Einheiten der YPG und YPJ auch verschiedene arabische bewaffnete Strukturen zusammenkamen (Cemgil/Hoffmann 2016: 60f.). Den Einheiten der QSD gelang es im August 2016 die multiethnische Stadt Minbic (auch Manbidsch) und im Oktober 2017 die vermeintliche Hauptstadt des Kalifats Raqqa zu befreien. Den abschließenden militärischen Erfolg über den IS feierten die Kräfte der QSD mit der Befreiung der ostsyrischen Provinz Deir ez-Zor im März 2019 (Rojava Information Center 2019: 10). Damit war die Territorialherrschaft des IS in Syrien vollständig zerschlagen.

5.1.4 Türkische Militäroffensiven in Nordsyrien

Die Türkei beobachtete die Entwicklungen südlich ihrer Grenze mit Sorge. Denn während der IS Schritt für Schritt zurückgedrängt werden konnte, vergrößerte sich nicht nur das Territorium der Selbstverwaltung, sondern auch die Legitimation der politischen Akteur:innen in Nord- und Ostsyrien (Khalaf 2016: 12). Die Regierung in Ankara verfolgte weiterhin eine feindliche Haltung gegenüber der Selbstverwaltung und bezichtigte sie des Terrorismus. Um zu verhindern, dass die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) das gesamte Grenzgebiet zur Türkei unter ihre Kontrolle brachten, schritt die türkische Armee Ende 2016 erstmals selbst in den Syrienkrieg ein (Cemgil/Hoffmann 2016: 63). Dieser Einmarsch richtete sich offiziell gegen den IS. Doch tatsächlich wollte das türkische Militär der QSD-Einheiten bei der Befreiung der Region zuvorkommen. Denn die türkische Militäroffensive »Schutzschild Euphrat« war eine Reaktion auf die Befreiung der Stadt Minbic durch die QSD. Das Gebiet Azaz und die Stadt al-Bab, die im Februar 2017 durch die türkische Offensive erobert wurden, wären möglicherweise die nächsten Ziele der QSD gewesen. Die türkische Militäroffensive verfolgte zudem das Ziel, eine Verbindung zwischen dem Kanton Efrîn und den übrigen Gebieten der Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens zu unterbinden. Es ist wahrscheinlich, dass die USA trotz ihrer Partnerschaft mit der QSD der türkischen Regierung für ihren Einmarsch grünes Licht erteilt hatte (Schmidinger 2018: 110).

Abb. 7: Türkische Militäroffensive in Nordsyrien 2016/2017 (grün unterlegtes Gebiet zwischen Afrîn und Manbij)



Quelle: Wikipedia o.D.e, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/2d/Western_al-Bab_offensive_%282016%29_%28within_Northern_Syria%29.svg [abgerufen am 14.10.2022]

Die strategische Bedeutung der ersten türkischen Intervention in Syrien sollte sich im Januar 2018 herauskristallisieren. Denn während mit der Operation »Schutzschild Euphrat« der direkte Verbindungsweg für die QSD zwischen Minbic und Efrîn gekappt wurde, startete die Türkei mit der »Operation Olivenzweig« eine weitere Offensive in Nordsyrien, die sich dieses Mal direkt gegen die Selbstverwaltung in Efrîn richtete. Efrîn galt bis zur türkischen Operation als ein relativ vom Bürgerkrieg verschontes Gebiet im Nordwesten Syriens. Ursprünglich lebten 400.000 Menschen in der Region, die fast vollständig kurdisch bevölkert war. Im Zuge des Bürgerkriegs nahm der Kanton dann zusätzlich etwa 300.000 Binnengeflüchtete aus Aleppo und anderen Teilen des Landes auf (ebd.: 10f., 13). Die türkische Militäroffensive in Efrîn führte am 18. März 2018 zum Rückzug der YPG- und YPJ-Einheiten aus der Stadt (ebd.: 150). In der Folgezeit kam es Massenvertreibungen der kurdischen Bevölkerung und zur gezielten Ansiedlung von weiteren arabischen Geflüchteten in der Stadt (ebd.: 118, 143). Auf der Seite der türkischen Armee nahmen verschiedene islamistische Fraktionen an der Operation teil. Möglicherweise mischten sich auch ehemalige IS-Kämpfer unter diese Gruppen, die seither gemeinsam mit der türkischen Armee Efrîn besetzt halten (ebd.: 127f.).

und Girê Spî (arab. Tall Abyad) zurück. Die Operation führte zur Besetzung eines Gebietes von etwa 1000 km² durch die türkische Armee und protürkischer Milizen. Die Folgen dessen waren für die Lokalbevölkerung ähnlich desaströs wie in Efrîn. Mehr als 200.000 Menschen mussten aus ihrer Heimat flüchten, rund 450 Zivilist:innen kamen bei der Offensive ums Leben (Rojava Information Center 2019: 10).

Die türkischen Besatzungen in Nordsyrien und ihre Präsenz in den genannten Gebieten stellen weiterhin eine der größten Herausforderungen für die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien dar (Dirik 2021: 14). Die militärischen Interventionen der Türkei richten sich direkt gegen die Aufbaubemühungen des demokratischen Konföderalismus in Nord- und Ostsyrien und bedrohen das Bestehen der Autonomen Selbstverwaltung.

5.1.5 Etappen der Selbstverwaltung

Im Schatten der militärischen Bedrohungslage, mit der die Selbstverwaltung seit Beginn der Revolution konfrontiert ist, wird der Aufbau gesellschaftlichen Strukturen und ihrer übergeordneten koordinierenden Instanzen kontinuierlich vorangetrieben. Den ersten Schritt stellte die bereits genannte Etablierung der Selbstverwaltungen in den drei Kantonen Cizîrê, Kobanê und Efrîn ab Mitte 2012 dar (Flach et al. 2015: 30). Geographisch voneinander getrennt agierten die Verwaltungsstrukturen in den drei Kantonen zunächst unabhängig, bevor ab November 2013 eine Art Übergangsregierung geschaffen wurde, welche die Koordinierung zwischen den drei Kantonen gewährleisten sollte (Lowe 2014: 229). Die Arbeiten dieser Struktur mündeten in der Ausrufung der »Autonomen Administration von Rojava« und der Verabschiedung des ersten Gesellschaftsvertrags, welcher als verfassungsrechtlicher Text für alle drei Kantone Verbindlichkeit besaß (Knapp/Jongerden 2016: 96). Nachdem sich der Kampf gegen den IS infolge der Befreiung von Kobanê ab dem Jahr 2015 auf mehrheitlich arabische Gebiete ausdehnte, wurde der *Demokratische Syrienrat* (kurd. Meclisa Sûriya Demokratîk, kurz MSD) gegründet. Der MSD ist eine multiethnische und multireligiöse Struktur, in dem die Vertreter:innen der gesellschaftlichen Vielfalt Nord- und Ostsyriens repräsentiert werden sollen (Grasso 2021: 1). Es handelt sich um eine politische Dachorganisation mit dem Ziel, eine demokratische Nachkriegsordnung für Syrien zu schaffen. Im MSD kommen Vertreter:innen der politischen Parteien, der Zivilgesellschaft und einflussreiche Persönlichkeiten zusammen (Rojava Information Center 2019: 18).

Nach der Befreiung von zahlreichen mehrheitlich arabischen Ortschaften vom IS wurde im Dezember 2016 die Eigenbezeichnung der Selbstverwaltungsstrukturen verändert. Der offizielle Name lautete fortan »Demokratische Föderation von Nord- und Ostsyrien« (kurd. Federaliya Demokratîk a Bakûrê Sûriyê), womit der kurdische Begriff »Rojava« aus der offiziellen Selbstbezeichnung gestrichen wurde. Die Namensänderung soll deutlich machen, dass es sich um keine kurdische,

sondern eine multiethnische Selbstverwaltung handelt (Rojava Information Center 2019: 10). Mit der Ausrufung der Demokratischen Föderation ging auch die Verabschiedung einer zweiten Version des Gesellschaftsvertrags einher (Grasso 2021: 1).⁴ Die ehemalige Co-Vorsitzende der Föderation, Hediye Yusif, bezeichnet die Ausrufung der Föderation als Schritt in Richtung der Etablierung einer demokratischen Nation in Nord- und Ostsyrien, welche auf der historischen Erfahrung der Koexistenz von verschiedenen Volks- und Religionsgemeinschaften in der Region vor Etablierung des Nationalstaates basiert (Dirik 2021: 9).

Mit der Zerschlagung der Territorialherrschaft des IS und der Befreiung weiterer arabisch-dominierten Gebiete wie Raqqa und Deir ez-Zor wurden die Selbstverwaltungsstrukturen abermals reformiert. Im September 2018 wurde die »Autonome Administration von Nord- und Ostsyrien« (kurd. Rêveberiya Xweser a Bakur û Rojhilatê Sûriyeyê, englisches Kürzel AANES) ausgerufen. Parallel wurden die Selbstverwaltungsgebiete in folgende sieben Regionen unterteilt: Cizîrê, Firat, Efrîn, Minbic, Tabqa, Raqqa und Deir ez-Zor (Rojava Information Center 2019: 10). Eine Neustrukturierung der Verwaltungseinheiten und Rätestrukturen hat also bereits stattgefunden. Die Diskussionen über einen dritten Gesellschaftsvertrag, der für Nord- und Ostsyrien erlassen werden soll, sind hingegen bis dato (Stand: Dezember 2022) noch zu keinem Abschluss gekommen (Dilok 2022).

5.2 Das Selbstverwaltungsmodell von Rojava – Eine Alternative zur Entwicklung?

Wir haben im obigen Abschnitt einen Blick auf die Entwicklungen in Nord- und Ostsyrien seit Beginn der Revolution im Jahr 2012 geworfen. Die Entstehungsgeschichte der Revolution, das Verhältnis zu regionalen wie internationalen Akteur:innen, die militärischen Angriffe und Herausforderungen sowie die Neuformierung der übergeordneten gesellschaftlichen Strukturen wurden dargestellt. In diesem Abschnitt beschäftige ich mich nun mit dem Gesellschaftsmodell, seinen Strukturen sowie seiner Funktionsweise. Die nachfolgenden Ausführungen beruhen in erster Linie auf Daten, die durch Interviews während meines Forschungsaufenthalts in Nord- und Ostsyrien im Jahr 2021 gesammelt werden konnten. Die geführten Interviews befinden sich im Anhang der Forschungsarbeit. Aus Sicherheitsgründen wurden auf Wunsch einiger Interviewpartner:innen ihre Namen bei der Transkription verändert. Ergänzend zu den Interviewdaten wird auch auf vorhandene Literatur, Monographien wie wissenschaftliche Artikel, zurückgegriffen.

4 Der Gesellschaftsvertrag in deutscher Übersetzung befindet sich im Anhang 36 zu dieser Arbeit.

Die Forschungsergebnisse werden entsprechend der drei Bereiche des Konzepts der »Alternative zur Entwicklung« in »Wiederaneignung der Politik«, »Wiederaneignung der Ökonomie« und »Wiederaneignung des Wissens« unterteilt. Abschließend werden die Ergebnisse in einem Fazit zusammengefasst, um die Frage zu beantworten, ob der demokratische Konföderalismus entsprechend seiner Umsetzung in Nord- und Ostsyrien als eine Alternative zur Entwicklung gelten kann.

5.2.1 Wiederaneignung der Politik in Nord- und Ostsyrien

»Heutzutage wird überall auf der Welt von Demokratie gesprochen. Doch oftmals schließen diese Demokratien die ›schwächeren‹ Teile der Gesellschaft aus. Was ist das für eine Demokratie, wenn sie Teile der Gesellschaft ausschließt? Aus unserer Sicht kann dann schon von keiner Demokratie mehr die Rede sein. Wir denken, dass es uns mit unserem System gelingen kann, eine vollständige Demokratie umzusetzen.«

(Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26)

Wie sieht ein System aus, das sich die Verwirklichung einer »vollständigen Demokratie« zum Ziel gesetzt hat? In Nord- und Ostsyrien basiert ein solches System auf einer breiten und mehrdimensionalen Organisation der Gesellschaft. Die Menschen organisieren sich im lokalen Umfeld ihres Wohnortes, sie organisieren sich nach Religionszugehörigkeit, sie organisieren sich als Frauen oder Jugendliche, sie organisieren sich nach Berufsgruppen oder gemeinsamen Interessen. So entsteht ein umfassendes Netzwerk der Selbstorganisation, das die Gesellschaft in allen Lebensbereichen wieder zur Selbstbestimmung befähigen soll.

In diesem Abschnitt werde ich zunächst die Funktions- und Arbeitsweise der lokalen Selbstverwaltungseinheiten, der Kommunen und Räte, die im Mittelpunkt des Gesellschaftsmodells stehen, darstellen. Anschließend werde ich die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und die demokratische Neugestaltung der öffentlichen Einrichtungen wie das Gesundheitswesen, das Rechtswesen und der Stadtverwaltung im System der autonomen Selbstverwaltung darstellen. Das Bildungswesen wird in diesem Abschnitt ausgeklammert, da es im späteren Abschnitt zur »Wiederaneignung des Wissens« behandelt werden soll. Abschließend möchte ich in diesem Abschnitt auf die Frage der Inklusivität der politischen Strukturen in Bezug auf die Frauen sowie ethnische und religiöse Gruppen eingehen.

Die Kommune: Herzstück des Systems

Die Kommune ist die kleinste und zugleich wichtigste Einheit des politischen Systems von Nord- und Ostsyrien. Hier sollen die Probleme der Gesellschaft nah an und gemeinsam mit der Bevölkerung der jeweiligen lokalen Einheit diskutiert und möglichst gelöst werden (Xizna Remo, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Eine funktionsfähige Organisation der Kommunen ist deshalb von zentraler Bedeutung für das Gesellschaftsmodell (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20). In jedem Bezirk sollen die Mitglieder der Kommunen nach Möglichkeit alle zwei Jahre gewählt werden (Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, Anhang 24). Anschließend wählt die Kommune ihre beiden Co-Vorsitzenden, jeweils eine Frau und einen Mann, und teilt die übrigen Mitglieder in Komitees ein, die für unterschiedliche Arbeitsbereiche verantwortlich sind (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26).

Die Kommune arbeitet ebenso wie die überregionalen Strukturen der Selbstverwaltung in Form eines Rates. Die Mitglieder der Kommune kommen alle 15 Tage zusammen, um eine gemeinsame Sitzung abzuhalten. Hier werden die Probleme des jeweiligen Stadtviertels oder des Dorfs, das die Kommune bildet, diskutiert. In diesen Sitzungen werden auch die Lösungen dieser Probleme diskutiert und möglichst selbstständig umgesetzt (Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23). Die jeweiligen Komitees treffen sich am Tag vor der gemeinsamen Sitzung und diskutieren die Probleme und die Praxis in ihren Arbeitsbereichen (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20). Die Co-Vorsitzenden sind für den Austausch mit den nächst übergeordneten Ebenen in ihrer Region verantwortlich. Dieser Austausch erfolgt in Form von gemeinsamen Sitzungen oder durch ein umfassendes Berichtswesen mit den überregionalen Strukturen (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Wenn die Kommune nicht in der Lage ist, ihre lokalen Probleme zu lösen, diese in den Arbeitsbereich der übergeordneten Ebene fallen oder geographisch nicht alleine die eigene Kommune betreffen, werden Lösungen auf der nächst übergeordneten Ebene diskutiert (Hozan Meşdomêh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8).

Die Anzahl der Komitees in den Kommunen kann variieren. Oftmals hängt sie vom Organisationsgrad der jeweiligen Kommune ab. So verfügt die Kommune Botan Şerki, die ich in Kobanê besuchen durfte, über fünf aktive Komitees: Das Komitee für die Bedürfnisse der Gesellschaft, das Gerechtigkeitskomitee, das Verteidigungskomitee, das Frauenkomitee und das Jugendkomitee. Der Aufbau von weiteren Komitees wird angestrebt (Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23). Das Komitee für die Bedürfnisse der Gesellschaft ist unter anderem dafür verantwortlich, dass die Bewohner:innen der Kommune mit Strom und Brot versorgt werden. Das Gerechtigkeitskomitee arbeitet als erste Instanz der Konfliktlösung innerhalb der Kommune und fungiert deshalb als eine Form der lokalen Gerichtsbarkeit. Das Verteidigungskomitee ist für den Schutz der Kommune verantwortlich und patrouilliert beispielsweise abends im Bezirk. Die Mitglieder dieses Komitees

stehen zudem im engen Austausch mit den Sicherheitskräften ihrer Region. Das Frauenkomitee tritt einerseits für die Rechte der Frauen innerhalb der Kommune ein und treibt andererseits die Selbstorganisation der Frauen in ihrem Bezirk voran. Zudem arbeitet das Frauenkomitee eng mit dem lokalen Gerechtigkeitskomitee zusammen. Sofern in einem Konfliktfall innerhalb der Kommune eine Frau involviert ist, das gilt auch für innerfamiliäre Konfliktfälle, muss das Gerechtigkeitskomitee der Kommune auch das lokale Frauenkomitee oder die Vertreterinnen der lokalen Frauenhäuser⁵ in ihre Arbeiten einbinden. Das Jugendkomitee ist ähnlich wie das Frauenkomitee für die Interessen und die Selbstorganisation der Jugendlichen in der Kommune verantwortlich (Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, Anhang 24). Weitere typische Komitees, die in den Kommunen gebildet werden, sind das Bildungskomitee, das Gesundheitskomitee (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26) oder das Ökonomiekomitee (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20).

Die Kommunen tagen im sogenannten Komîngeh⁶ (dt. »Ort der Kommunen«). In den Städten teilen sich mehrere Kommunen in der Regel ein Komîngeh. Hier finden nicht nur die Sitzungen des Kommunrats oder der Komitees statt, es handelt sich auch um eine Anlaufstelle für die Bevölkerung der jeweiligen Kommune. Die Menschen können im Komîngeh die Co-Vorsitzenden ihrer Kommune aufsuchen und ihre Kritik oder ihre Bedürfnisse zum Ausdruck bringen (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34; Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23). Im ländlichen Gebiet bildet jedes Dorf eine eigenständige Kommune. Als Komîngeh dient hier in der Regel ein Zimmer im Haus eines der Co-Vorsitzenden (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34).

Die erste überregionale Wahl der Kommunenmitglieder in Nord- und Ostsyrien fand im Jahr 2017 statt (Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23). Kurz darauf wurden die Wahlen für die Mitglieder in den übergeordneten Ratsstrukturen abgehalten (Hozan Meşdomêh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Obwohl vorgesehen ist, dass die Mitglieder der Kommunen und Räte alle zwei Jahre gewählt werden, konnten seither keine weiteren Wahlen stattfinden. Meine Gesprächspartner:innen begründeten das Ausbleiben der Wahlen mit der anhaltenden Kriegs- und Krisensituation in Nord- und Ostsyrien (Mahmoud Mustafa, Interview, 25.07.2021, Anhang 14; Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, Anhang 24). Dennoch wurde die Arbeit der Kommunen weiter fortgesetzt und neue Kommunen gegründet. Bei Neugründungen von Kommunen wurden die Mitglieder provisorisch ernannt, um mit der Basisarbeit nicht bis zu den nächsten, noch nicht festgelegten Wahlen warten

5 Auf die Arbeit der Frauenhäuser gehe ich auf S. 262f. in der vorliegenden Arbeit ein.

6 In vielen wissenschaftlichen Arbeiten über das System von Rojava ist von »Mala Gel« (dt. Volkshauss) die Rede. Dies ist die alte Bezeichnung für das Komîngeh (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35).

zu müssen. Bis 2018 war TEV-DEM, die Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft, für die Bildung und Betreuung der Kommunen verantwortlich. Seither sind die Kommunen direkt an die Selbstverwaltungsstrukturen gebunden (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26).

Zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthalts befanden sich die Kommunen in einer Phase der Neustrukturierung. Während anfangs das Ziel darin bestand, möglichst viele Kommunen in der Basis zu bilden, fand in den letzten Jahren ein Prozess statt, welcher auf eine Verringerung der Kommunenanzahl abzielte. In Qamişlo bildeten zuvor je etwa 200 Häuser eine Kommune. Am Ende existierten in der gesamten Stadt mit mehreren hunderttausend Einwohner:innen mehr als 500 Kommunen. Welche Probleme die große Anzahl an Kommunen in einer einzigen Stadt mit sich brachte, beschreibt Pervîn Yusif, die Co-Vorsitzende des Kantonalrats von Qamişlo, wie folgt: »Das hat für ein heilloses Durcheinander gesorgt. Jede Kommune trifft ihre eigenen Entscheidungen und das zu koordinieren oder daraus einen Gesamtwillen zu erschaffen, war kaum möglich« (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34). Im Rahmen des Umstrukturierungsprozesses wurden jeweils fünf bis sieben Kommunen zu einer Kommune zusammengelegt. Außerdem wurde beschlossen, dass jedes Dorf stets nur eine Kommune bildet. In einem größeren Dorf mehrere Kommunen zu gründen, mache keinen Sinn, da die Diskussionen über die Probleme und Arbeiten in der Regel die gesamte Dorfbewölkerung betreffen würden (ebd.).

Auch in der Stadt Kobanê wurde die Anzahl der Kommunen verringert. Gab es zuvor 90 Kommunen in der Stadt, sind es mittlerweile nur noch 13. Die Kommune Botan Şerkî in Kobanê umfasst nun 1.008 Wohnhäuser, in denen etwa 1.900 Familien leben. Kendal Kobanê, der Co-Vorsitzende der Kommune, begründet die Zusammenlegung nicht nur mit den Koordinierungsschwierigkeiten, sondern macht auch darauf aufmerksam, dass es in kleinen Kommunen oftmals schwierig ist, Aktivist:innen für die Arbeiten zu gewinnen. So seien vor der Zusammenlegung in seiner Kommune am Ende nur noch die Co-Vorsitzenden aktiv gewesen, während die Mitglieder der Komitees sich nach anfänglichem Enthusiasmus schrittweise von den Arbeiten der Kommune zurückgezogen hätten (Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23).

Die Organisierung und Reorganisierung der Kommunen ist, wie aus dem bereits Beschriebenen deutlich wird, ein steter Prozess in Nord- und Ostsyrien. Zwischen 2011 und 2018 bildete TEV-DEM zunächst überregionale Rätestrukturen. Diese sollten dann die Kommunen in ihren Regionen aufbauen (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Die Mitglieder der Rätestrukturen setzten sich mit den Schriften Öcalans auseinander und diskutierten das Konzept in der Theorie. Doch die praktischen Erfahrungen mussten sie zunächst einmal sammeln. Mit den erfolgreichen Gründungen der ersten Kommunen breitete sich das Gesellschaftsmodell schnell aus. Die Aktivist:innen einer gegründeten Kommune

besuchten Menschen in anderen Stadtbezirken, um ihnen beim Aufbau ihrer Kommune behilflich zu sein (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Oft war dieser Prozess an eine intensive Überzeugungsarbeit geknüpft. Die Aktivist:innen besuchten Haus für Haus die Menschen des jeweiligen Stadtviertels und luden sie zu einer öffentlichen Versammlung ein, auf der das System vorgestellt und die ersten Mitglieder der Kommune gewählt wurden (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26).

Die Gründung von Kommunen in den mehrheitlich arabischen Gebieten verlief ähnlich. Nach der Befreiung von Gebieten, die zuvor von der al-Nusra Front oder vom IS kontrolliert wurden, begannen rasch die Organisationsarbeiten in der Gesellschaft. Der Krieg und der Aufbauprozess der Selbstverwaltung geschah in diesen Gebieten zeitgleich (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34). Das TEV-DEM Mitglied Yekbûn Bawer beschreibt den Prozess des Systemaufbaus in den arabischen Gebieten wie folgt:

»Der Aufbauprozess ging sehr rücksichtsvoll vonstatten. Wir wussten nämlich auch, dass die vorherigen Machthaber:innen allmögliche Propaganda gegen uns betrieben hatten. Sie hatten der Bevölkerung gesagt, die Kurd:innen würden ihr Land erobern und besetzen, sowie die Menschen unterwerfen und ermorden. Als die Bevölkerung dann in der Praxis sah, dass es nicht um Eroberung oder Besatzung geht, sondern um den Aufbau einer kommunalen Gesellschaft, einer aufgeklärten Gesellschaft, einer Gesellschaft, die in der Lage ist, sich selbst zu verwalten, lösten sich die letzten Vorurteile und Bedenken rasch auf.« (Yekbûn Bawer, Interview, Qamişlo, 20.08.2021, Anhang 26)

Die Selbstorganisation der Gesellschaft in der Kommune wird als ein Prozess der Selbstermächtigung sowie der Befreiung von den Ketten der Kolonisierung und Unterdrückung verstanden (Hozan Meşdomêh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Dieser Prozess hat die Menschen in ihren Stadtteilen näher zueinander gebracht und ein starkes Verbundenheitsgefühl aufgebaut. Kendal Kobanê aus der Kommune Botan Şerkî beschreibt die Veränderung in der Nachbarschaft wie folgt:

»Vor der Revolution kannten sich viele Menschen in diesem Stadtviertel gegenseitig gar nicht. Es herrschte also kein starker Zusammenhalt. Die Situation war nicht gut. Doch nach der Revolution und mit dem Aufbau von Kommunen und Räten wurden die Menschen im Viertel wie eine Familie. Wir haben ständig Kontakt untereinander. Das ist einer der wichtigsten Entwicklungen. Die Leute können all ihre Probleme artikulieren. Wir haben angefangen, uns gegenseitig zu helfen.« (Kendal Kobanê, Interview, 10.08.2021, Anhang 23)

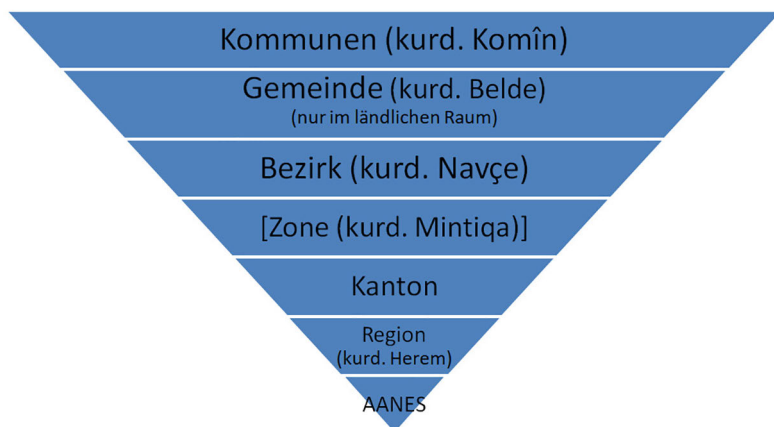
Der Ausbau der Kommunen in die Breite und in die Tiefe ist das zentrale Ziel für die Akteur:innen der Revolution in Rojava. Je stärker die Gesellschaft in den Kommunen

organisiert ist, desto besser ist sie in der Lage, Lösungen für ihre eigenen Probleme zu entwickeln und als desto erfolgreicher wird das Gesellschaftsmodell von Nord- und Ostsyrien empfunden (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20).

Vom Bezirksrat bis zur autonomen Selbstverwaltung

Im Selbstverwaltungssystem von Nord- und Ostsyrien sind die Kommunen durch die übergeordneten Strukturen miteinander verbunden und können so ihre Arbeiten koordinieren. Diese Strukturen arbeiten ebenfalls in Form von Räten und verfügen ebenso wie die Kommunen über einen Co-Vorsitz sowie Komitees für unterschiedliche Arbeitsbereiche. Entsprechend dem bottom-up Ansatz stellen die Kommunen den geographisch kleinsten Raum dar, sollen aber im Idealfall die wichtigsten Entscheidungen für die Bevölkerung in ihrem Raum treffen können. Die nachfolgenden übergeordneten Ebenen sollen schrittweise über weniger Entscheidungsbefugnisse und verstärkt über Koordinierungsaufgaben verfügen. Von der geographisch kleinsten zur größten Ebenen sieht die Struktur des Selbstverwaltungsmodells aktuell (Stand: 2021) wie folgt aus:

Abb. 10: Bottom-Up Struktur Nord- und Ostsyrien



Quelle: Eigene Darstellung

In ländlichen Gebieten folgt auf die Ebene der Kommunen der Gemeinderat (kurd. Meclîsa Belde). Da viele Dörfer relativ klein und zum Teil sehr zerstreut gelegen sind, sollen die Gemeinderäte als Zwischenebene zum Bezirksrat die Koordination unter den Dorfkommunen ermöglichen. Der Gemeinderat von Cirîn, den ich im Rahmen meines Forschungsaufenthalts besuchen durfte, besteht aus

30 gewählten Ratsmitgliedern und war ursprünglich für 75 Kommunen in der Region verantwortlich. Nachdem allerdings die Türkei 2019 im Zuge ihrer Invasion die Stadt Girê Spî eingenommen hat, fielen 51 dieser 75 Kommunen in die Hände der Besatzungsmacht. Heute betreut der weiterhin aktive Gemeinderat folglich nur noch 24 Kommunen. Er verfügt über sieben Komitees mit folgenden Arbeitsbereichen: Frauen, Wirtschaft, Jugend- und Sport, Verteidigung, Landwirtschaft, Gerechtigkeit und das Komitee der Stadtverwaltung. Der Austausch mit der nächsten Ebene, dem Bezirksrat von Girê Spî⁷, erfolgt primär über die Co-Vorsitzenden. Aber auch die Komitees des Gemeinderates und des Bezirkrates stehen untereinander im Austausch (Mahmoud Mustafa, Interview, 25.07.2021, Anhang 14).

In städtischen Gebieten folgt auf die Ebene der Kommune der Bezirksrat. Hier gibt es also keine Gemeinderäte. Stattdessen hat jede Stadt einen eigenen Bezirksrat. Außerdem sind die Gemeinderäte im ländlichen Raum an die geographisch nächstgelegenen Bezirkräte gebunden. Der Bezirksrat von Qamişlo ist beispielsweise für 120 Kommunen in der Stadt sowie die beiden Gemeinden Tenuriye und Girbawiye verantwortlich (Hozan Meşdomêh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Auch Mitglieder der Bezirkräte sollen eigentlich alle zwei Jahre gewählt werden. Allerdings konnte bislang lediglich eine Wahl im Jahr 2017 abgehalten werden. Zudem kann jedes Mitglied des Bezirkrates nur zweimal hintereinander, also im Normalfall maximal für insgesamt vier Jahre, gewählt werden (Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, Anhang 24). Zur Wahl stehen sowohl politische Parteien als auch Einzelpersonen. Zudem gibt es Quoten für Vertreter:innen ethnischer Minderheiten im jeweiligen Bezirk (Xizna Remo, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Die Bezirkräte sind nicht nur für die Koordinierung der Arbeiten der Gemeinden und Kommunen verantwortlich. Sie befassen sich auch mit allen Problemen in der Basis, die von den vorgelagerten Strukturen selbst nicht gelöst werden können (ebd.). Der Informationsfluss zwischen den Bezirkräten und den Kommunen bzw. den Gemeinderäten erfolgt durch Berichte und regelmäßige gemeinsame Versammlungen ihrer Vertreter:innen (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26; Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34).

Die nächste Ebene, die Zone (kurd. *Mintiq*), soll die Koordination zwischen den Bezirkräten und dem jeweiligen Kanton ermöglichen. Diese Ebene wird bei Bedarf errichtet und muss nicht zwingend existieren. Während es im Kanton Kobanê keine *Mintiq* gibt, wurden im Kanton Qamişlo zwei Zonen errichtet: Die Zone Qamişlo mit fünf Bezirkräten und die Zone Dêrik mit insgesamt vier Bezirkräten. Der Kanton verfügt also über neun Bezirkräte, die auf zwei Zonen aufgeteilt sind. Auf der

7 Der Bezirksrat von Girê Spî besteht trotz der Besetzung des Stadtzentrums durch die Türkei weiter. Er tagt und arbeitet aus den Gebieten, die unter der Kontrolle der Selbstverwaltung stehen (Mahmoud Mustafa, Interview, 25.07.2021, Anhang 14).

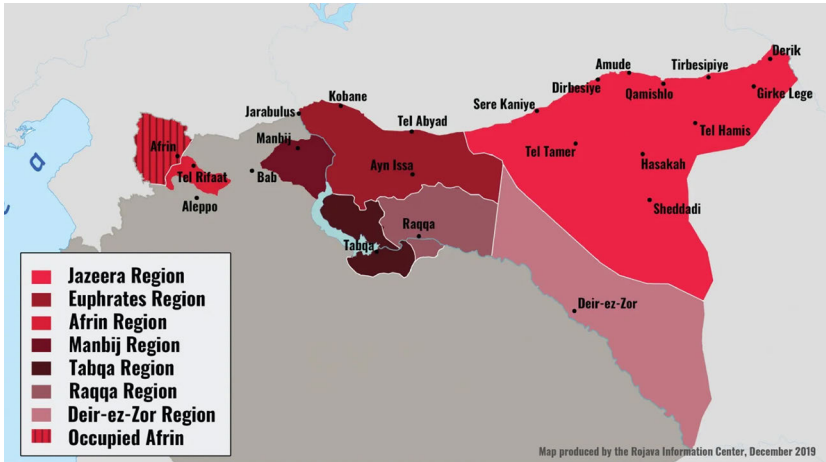
Ebene der Mintîqa gibt es im Gegensatz zu den übrigen Ebenen keine eigene Ratsstruktur. Hier ist lediglich eine Koordination aus vier Personen tätig, die auf einer gemeinsamen Versammlung der Bezirksräte bestimmt wurden. Die Aufgabe dieser Koordination ist es, die Arbeiten der Bezirksräte zu verfolgen, ihre Berichte zusammenzutragen und den Austausch zwischen den Bezirksräten und dem Kantonalrat zu ermöglichen (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34).

Die Kantone bilden die nächste Ebene. In ihrer Arbeitsweise ähneln sie den Bezirksräten, sie umfassen jedoch einen größeren geographischen Raum. Die Anzahl der Mitglieder der jeweiligen Kantonalräte kann deutlich variieren. So befinden sich im Kantonalrat von Kobanê 315 Mitglieder, von denen lediglich 28 aus der Stadt Kobanê stammen, während die übrigen Mitglieder die umliegenden Ortschaften des Kantons repräsentieren (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20). Der Kantonalrat von Qamişlo hingegen hat nur 62 Mitglieder (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34). Die Mitglieder der Kantonalräte sollen im Normalfall ebenfalls alle zwei Jahre gewählt werden, was bisher nicht umgesetzt werden konnte (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20). Auch im Kantonalrat werden verschiedene Komitees gebildet, auf welche sich die Mitglieder aufteilen. Die Mitglieder des Kantonalrats kommen zweimal im Monat zu gemeinsamen Sitzungen zusammen (ebd.).

Die Kantone wiederum schließen sich in Regionen (kurd. Herem) zusammen. Aktuell gibt es in Nord- und Ostsyrien sieben Regionen: Cizîre, Deir ez-Zor, Firat, Minbic, Raqqa, Tabqa und Efrîn⁸. Die Regionen bilden die letzte Ebene vor der Autonomen Selbstverwaltung. Auf der Ebene der Regionen gibt entsprechend der Gewaltenteilung drei Rätestrukturen: Den Justizrat, den Exekutivrat und den gesetzgebenden Rat. Zudem werden in den Regionen Ministerien für die jeweiligen Arbeitsbereiche gebildet, für die in den untergeordneten Ebenen die Komitees der Räte und Kommunen verantwortlich sind. So gibt es beispielsweise ein Frauenministerium, ein Jugendministerium oder ein Ministerium für Wirtschaft. Diese agieren in ihren Arbeitsbereichen selbstständig, nehmen aber auch an den Versammlungen des Exekutivrates teil. Sie können zudem eigene Unterabteilungen in Form von Büros bilden. Sowohl der Exekutivrat als auch die Ministerien der Region stehen im ständigen Austausch mit den Co-Vorsitzenden bzw. den jeweiligen Komiteesprecher:innen der Kantone (Pervîn Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34).

8 Efrîn ist seit 2018 zwar durch die Türkei besetzt, verfügt aber weiterhin über den Status einer Region der autonomen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Die Selbstverwaltungsstrukturen beschränken sich aktuell auf die Gebiete Tel Rifaat und die Şehba im Süden der Region, in denen eine große Community Geflüchteter aus Efrîn lebt und die außerhalb der türkischen Besatzungszone liegen (Rojava Information Center 2019: 22).

Abb. 11: Die sieben Regionen Nord- und Ostsyriens



Quelle: Rojava Information Center 2019: 10

Die nächste und abschließende Ebene bildet die Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Ihre Organisationsstruktur gleicht derjenigen der Regionen. Das heißt, auch hier gibt es drei Räte und die jeweiligen Ministerien. Außerdem ist auf dieser Ebene das Verfassungsgericht angesiedelt, welches die Umsetzung des Gesellschaftsvertrags überprüft. Neben den internen Sitzungen der Selbstverwaltung findet auch eine monatliche Versammlung des Exekutivrates mit den Vertreter:innen der Regionen statt, um die politischen und gesellschaftlichen Arbeiten für den gesamten Raum Nord- und Ostsyriens zu koordinieren (ebd.).

Neben den Rätestrukturen von der Kommune bis zur autonomen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens bildet die Zivilgesellschaft das zweite zentrale Standbein des Gesellschaftsmodells. Während die Organisation in den Kommunen von der unmittelbaren Nachbarschaft ausgeht, basiert die zivilgesellschaftliche Organisation auf gemeinsamen Interessen. Auch der demokratische Neuaufbau öffentlicher Einrichtungen und Strukturen ist ein wichtiger Pfeiler des Selbstverwaltungsmodells. Nachfolgend sollen deshalb zunächst die Arbeit der Zivilgesellschaft und anschließend die Gesundheitsstrukturen, das Rechtssystem und das Modell der Stadtverwaltungen in Nord- und Ostsyrien vorgestellt werden.

Zivilgesellschaft in Nord- und Ostsyrien

Unter die Zivilgesellschaft in Nord- und Ostsyrien fallen Strukturen wie Arbeitnehmer:innenorganisation, religiöse Vereinigungen, Menschenrechtsvereine oder lokale Hilfsorganisationen. Seit ihrem dritten Kongress im Jahr 2018 ist TEV-DEM mit der Aufgabe betraut, die Zivilgesellschaft aufzubauen und zu stützen. TEV-

DEM selbst organisiert sich in Form eines Rates mit insgesamt 62 Repräsentant:innen verschiedener zivilgesellschaftlicher Strukturen (Rojava Information Center 2019: 37). Die Zivilgesellschaft in Nord- und Ostsyrien steht außerhalb der Selbstverwaltung und fungiert als Kontroll- und Korrektivinstanz (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). So haben im Jahr 2021 Proteste, die von der Zivilgesellschaft mitgetragen wurden, dazu geführt, dass eine geplante Erhöhung der Preise für Benzin und Diesel von der Selbstverwaltung zurückgenommen werden musste (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Ein wichtiges Anliegen von TEV-DEM ist zudem die Selbstorganisation der Arbeitnehmer:innen, damit diese ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen können. Das gilt auch für die Arbeiter:innen in den Strukturen der autonomen Selbstverwaltung (ebd.).

TEV-DEM verfolgt das Ziel, die gesellschaftliche Organisation sowohl in der Breite als auch in der Tiefe voranzubringen. So wird in den Gebieten, die in den letzten Jahren vom IS befreit werden konnten, nicht nur der Aufbau von Kommunen und Rätestrukturen forciert, sondern auch eine breitgefächerte Zivilgesellschaft aufgebaut. In jeder Stadt werden zudem Dachorganisationen für die Zivilgesellschaft gebildet, die sich zweimal monatlich treffen und so ihre Arbeiten koordinieren (Rojava Information Center 2019: 38). Diese Dachorganisationen arbeiten nicht zwingend unter dem Label von TEV-DEM. Insbesondere in mehrheitlich arabischen Gebieten, in denen TEV-DEM als »kurdische« Organisation wahrgenommen wird, werden eigenständige Dachorganisationen gebildet (Yekbûn Bawer, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Jede zivilgesellschaftliche Organisation kann zudem unter ihrem Dach weitere Teilorganisationen bilden. So verfügt die »Union des Kleinhandels« über 29 weitere Teilorganisationen, welche die unterschiedlichen Branchen des Kleinhandels repräsentieren (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26).

Laut TEV-DEM vertreten die Organisationen der Zivilgesellschaft in Nord- und Ostsyrien nicht nur die Interessen ihres eigenen Klientels, sondern versuchen auch Projekte im Sinne der Bevölkerung zu entwickeln. Beispielsweise habe die Lehrer:innenunion ein Projekt für den Aufbau von Bibliotheken in jeder Stadt entwickelt. Das Fachwissen aus der Zivilgesellschaft leiste einen wichtigen Beitrag für die Lösung von sozialen Problemen in Nord- und Ostsyrien (ebd.).

Gesundheitsbereich

»Unser grundlegendes Paradigma bei der medizinischen Versorgung der Menschen ist, dass Gesundheit keine Ware ist und deshalb nicht mit Geld ge- oder verkauft werden kann. Gesundheit ist eines der grundlegenden Rechte der Gesellschaft.«
(*Jêhat Qadir, Interview, 21.08.2021, Anhang 27*)

Mit der Revolution von Rojava wurde auch der Gesundheitsbereich im Sinne der Theorie des demokratischen Konföderalismus neustrukturiert. Ziel des neuen Gesundheitssystems ist es, möglichst viele Menschen zu erreichen und zugleich die medizinische Versorgung möglichst kostenlos zu gewährleisten. Allerdings ist die Region mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass viele Ärzt:innen aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges in Syrien geflüchtet sind und deshalb ein Mangel an medizinischem Personal vorherrscht. Trotz dieser Schwierigkeiten gibt es öffentliche Krankenhäuser in den Stadtzentren und sogenannte Gesundheitszentren im Umland, die das Grundgerüst des Gesundheitssystems von Nord- und Ostsyrien bilden. Daneben existieren kommerziell betriebene private Arztpraxen und Krankenhäuser, die ebenso wie die öffentlichen Einrichtungen die gesetzlichen Regelungen für den medizinischen Bereich einhalten müssen, womit gewisse medizinische und hygienische Standards sowie eine Entgeltbeschränkung für private Einrichtungen einhergehen (ebd.).

Das öffentliche Gesundheitssystem unterteilt sich in einen militärischen und einen zivilen Gesundheitsbereich. Der zivile Gesundheitssektor organisiert sich in Form von Gesundheitsräten, die an den Kanton gebunden sind, sowie Gesundheitsministerien, die auf der Ebene der Regionen und der autonomen Selbstverwaltung angesiedelt sind. Das Gesundheitsministerium der jeweiligen Region verfügt wiederum über Gesundheitsdirektionen in allen größeren Städten. Die Gesundheitsräte tagen monatlich, um strukturelle Probleme und Fragen im Gesundheitssektor zu diskutieren. Die Direktionen in den Städten hingegen stellen das Bindeglied zu den Ministerien dar, über welche die Einrichtungen des medizinischen Sektors unter anderem ihren Bedarf an Personal, Medikamenten und Medizintechnik klären. Andersherum werden auch Vorgaben aus den Gesundheitsministerien über die Direktionen an die jeweiligen Einrichtungen weitergeleitet (ebd.).

Der öffentliche Gesundheitsbereich in Nord- und Ostsyrien verfolgt das Ziel, die gesamte Gesellschaft zu erreichen. Hierfür wurden neben den Krankenhäusern, die sich zumeist in den Stadtzentren befinden, auch zahlreiche lokale Gesundheitszentren (kurd. Navenda Tendurustiya Gel) eröffnet. Die Behandlung in den Kranken-

häusern und den Gesundheitszentren ist weitgehend kostenlos. Trotz Ärzt:innen- und Medikamentenmangels sowie unzureichendem technischem Equipment hat sich laut Dr. Jêhat Qadir, der die Radiologieklinik in Qamişlo leitet, die Qualität der medizinischen Behandlung in der Region nach der Revolution deutlich verbessert (ebd.).

Eine wichtige Rolle im Gesundheitssektor spielt die Bewusstseinsbildung. Der Gesundheitsbereich in Nord- und Ostsyrien verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, wonach die Gesundheit der Menschen und der Gesellschaft im Zusammenhang mit anderen Lebensbereichen stehen.

»Wenn beispielsweise der Bildungsbereich erfolgreiche Arbeit in Rojava leistet, trägt er auch etwas zur gesundheitlichen Verbesserung der Gesellschaft bei. Denn bei einem gebildeten Menschen ist die Chance höher, dass er oder sie auch gesünder lebt. Was ich damit sagen will, ist, dass wir das Leben nicht in Bereiche aufteilen, die völlig voneinander losgelöst sind. Die Gesundheit der Menschen wird durch verschiedenste Faktoren beeinflusst.« (Jêhat Qadir, Interview, 21.08.2021, Anhang 27)

Die Aufklärung der Gesellschaft wird als wesentlicher Beitrag für die Gesundheit erachtet. Hierfür sollen die Gesundheitskomitees in den Kommunen Verantwortung übernehmen. Auch wenn es aktuell kaum aktive Gesundheitskomitees in den Kommunen gibt, ist ihre Etablierung ein perspektivisches Ziel, damit diese die Menschen in ihrer Nachbarschaft über die Bedingungen und Möglichkeiten einer gesunden Lebensführung informieren können. Dazu gehört es auch, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die gesundheitliche Versorgung nicht allein durch eine medikamentöse Behandlung zu bewerkstelligen ist. Diese Vorstellung in der Bevölkerung sei ein Überbleibsel aus der Zeit vor der Revolution. Das Gesundheitssystem der Selbstverwaltung setzt stattdessen primär auf die Verbesserung der Lebensumstände sowie auf die Etablierung eines gesundheitlichen Bewusstseins in der Bevölkerung. Auch die Auseinandersetzung mit traditioneller Naturheilkunde spielt eine Rolle in der Gesundheitsversorgung. Die *Stiftung der freien Frau in Syrien* (kurd. Weqfa Jina Azad a Sûrî, kurz WJAS) betreibt in mehreren Städten ein Projekt, in dem der traditionelle Einsatz von natürlich hergestellten Heilmitteln dokumentiert und geprüft wird. Ziel des Projekts ist es, damit einen Teil des Einsatzes von chemisch hergestellten Medikamenten zu ersetzen (Rûken Omer, Interview, 22.08.2021, Anhang 28).

Aufgrund des Ärzt:innenmangels in Nord- und Ostsyrien wurde zeitweise medizinisches Personal aus dem Ausland angeworben. Doch dies war für das Gesundheitssystem nicht nur kostspielig, auch die Erfahrungen mit Ärzt:innen aus dem Ausland waren nicht immer positiv. Aus diesem Grund wurde die Anwerbung von externem Medizinpersonal gestoppt. Stattdessen wird nun verstärkt auf die Ausbil-

dung von eigenem medizinischem Personal gesetzt. Es wurden Akademien gegründet, die nach dem Vorbild von Universitäten Ärzt:innen und Krankenpfleger:innen ausbilden sollen. Darüber hinaus bieten die lokalen Gesundheitszentren auch medizinische Bildungsangebote für die Bevölkerung an. In Absprache mit den jeweiligen Kommunen werden so beispielsweise Erste-Hilfe Kurse organisiert (Jêhat Qadir, Interview, 21.08.2021, Anhang 27).

Aufbau eines gesellschaftlichen Rechtssystems

Mit der Revolution von Rojava wurde ein neues Justizwesen etabliert, das von den Gerechtigkeitskomitees in den Kommunen bis hin zum Justizrat auf der Gesamtebene von Nord- und Ostsyrien reicht (Rîma Barakat, Interview, 26.08.2021, Anhang 32). Das Justizsystem unterscheidet zwischen den zivilrechtlichen und strafrechtlichen Teilbereichen. Bei zivilrechtlichen Streitfällen hat die Schlichtung von Konflikten oberste Priorität. Hier greifen zunächst die Gerechtigkeitskomitees ein und versuchen eine Einigung zwischen den Konfliktparteien zu erzielen. Das Gerechtigkeitskomitee ist ein aus mindestens drei Mitgliedern bestehendes Gremium, das Teil einer Ratsstruktur ist. Die erste Ebene, die bei zivilen Angelegenheiten eingreift, ist das Gerechtigkeitskomitee der Kommune. Fälle, die dort nicht gelöst werden können, werden an die Gerechtigkeitskomitees der jeweils nächsthöheren Ebene übertragen. Erst wenn ein Fall die verschiedenen Ebenen der Rätestrukturen erfolglos durchlaufen hat, wird er vor Gericht gebracht (Azad Çirav und Mihemed Rubar, Interview, 28.07.2021, Anhang 18). Die Mitglieder des jeweiligen Gerechtigkeitskomitees agieren stets kollektiv. Sie sind nicht befugt, alleine zwischen den Konfliktparteien zu schlichten. Gegebenenfalls können sie externe Personen dazu ziehen, um mit deren Unterstützung die Parteien von einer einvernehmlichen Lösung zu überzeugen (Mihemed Rubar, Interview, 28.07.2021, Anhang 18). In der Regel ist die Arbeit der Gerechtigkeitskomitees zielführend, denn nur ein einstelliger Prozentsatz der zivilen Streitfälle landet vor Gericht (Hozan Meşdomêh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Kommt es allerdings zu keiner einvernehmlichen Einigung zwischen den Konfliktparteien, so befasst sich das Gericht mit der Angelegenheit. Hier haben die beiden Seiten des Streitfalls auch das Recht, sich anwaltlich vertreten zu lassen. Vor Gericht wird nicht zwingend eine einvernehmliche Lösung gesucht. Die Richter urteilen auf Grundlage der gegebenen Gesetze. Jeder Fall wird von mindestens drei Richtern betreut. Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden. In dem Fall wird in letzter Instanz vom Berufungsgericht ein Urteil gefällt (Rîma Barakat, Interview, 26.08.2021, Anhang 32).

Anders wird bei strafrechtlich relevanten Tatbeständen verfahren. Diese können von den Bürger:innen direkt bei der öffentlichen Klagestelle zur Anzeige gebracht werden. Die an die Gerichtshöfe gebundenen Klagestellen gibt es in jeder Ortschaft. Typische Fälle, die bei der Klagestelle angezeigt werden, sind Diebstahl, Körperver-

letzung oder Mord. Fälle wie diese werden direkt vor dem Strafgericht behandelt (ebd.).

Eine besondere Belastung für das Justizsystem stellt der Umgang mit ehemaligen IS-Mitgliedern dar. Für die Verfahren gegen vermeintliche IS-Mitglieder wurden eigene Sicherheitsgerichte unter dem Dach des Justizrates geschaffen. In ihrer Funktionsweise unterscheiden sich die Sicherheitsgerichte allerdings nicht von den normalen Strafgerichten. Sie bieten lediglich zusätzliche Schutzmaßnahmen, durch welche sowohl die Gefahr von Anschlägen durch den IS als auch von Lynchangriffen gegen die Angeklagten durch die Bevölkerung unterbunden werden soll. Das Höchststrafmaß für IS-Angeklagte liegt ebenso wie für alle anderen Strafangeklagten bei lebenslänglich. In Nord- und Ostsyrien ist das gleichbedeutend mit einer Haftstrafe von 25 Jahren. Die Todesstrafe, die in der Gesetzgebung des Baath-Regimes weiterhin Anwendung findet, wurde in Rojava abgeschafft (ebd.).

Aufgrund der hohen Zahl inhaftierter IS-Mitglieder ist die Gefängnissituation in Nord- und Ostsyrien äußerst angespannt. Aktuell befinden sich rund 5.000 verurteilte Mitglieder der Organisation in der Region. Hinzu kommt eine große Zahl von IS-Mitgliedern, die noch auf ihren Prozess warten. Die Anzahl der übrigen Straftäter:innen, die sich in Haft befinden, beträgt demgegenüber nur etwa 500 bis 600 (Stand: August 2021). Derzeit sind viele Haftanstalten überbelegt, weswegen mindestens drei weitere Gefängnisse errichtet werden sollen. Neben den Haftanstalten für Erwachsene gibt es auch Jugendvollzugsanstalten für Minderjährige. Diese verfügen über ein haftinternes Schulsystem, welches verpflichtend für alle Insass:innen ist. Auch in den Haftanstalten für Erwachsene gibt es verschiedene verpflichtende Bildungsangebote. Das Haftsystem in Nord- und Ostsyrien verfolgt den Ansatz, durch diese Angebote die Reintegration der Menschen nach ihrer Haftentlassung zu erleichtern. Zudem gibt es Bestrebungen, die Zahl der Inhaftierten in der Region insgesamt zu verringern. Anstelle von Haftstrafen sollen Verurteilte mit geringerem Strafbestand in Zukunft Sozialstunden erbringen können (ebd.).

Die höchste juristische Instanz sind die Justizräte, die auf der Ebene der Regionen angesiedelt sind. Alle Gerichtshöfe sind an die Justizräte ihrer jeweiligen Region gebunden. Zudem gibt es einen Justizrat für den gesamten Raum von Nord- und Ostsyrien, der aus 13 Personen besteht und die Arbeiten der Regionen koordiniert. Alle Justizräte verfügen über einen geschlechterparitätischen Co-Vorsitz an ihrer Spitze und über Komitees für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche. So gibt es beispielsweise ein Komitee für die Kontrolle der Arbeit der Richter:innen, ein Komitee, welches sich mit den Arbeiten der Gerechtigkeitskomitees beschäftigt, ein Komitee, das die Klagestellen betreut, und ein Komitee, welches mit den Frauenhäusern (kurd. Mala Jin) zusammenarbeitet (ebd.).

Der Institution der Frauenhäuser kommt eine besondere Rolle im Justizwesen zu. Die Tätigkeit in den Gerechtigkeitskomitees gehört zu einem ihrer wichtigs-

ten Aufgabenbereiche (Kongra Star 2022: 9).⁹ Denn bei zivilen Streitfällen, in denen Frauen involviert sind, schalten sich in der Regel auch die Frauenhäuser ein. Auf der Ebene der Kommunen ist zudem verpflichtend, dass mindestens eine Frau Teil des Gerechtigkeitskomitees ist. Wenn es beispielsweise zu einem innerfamiliären Konflikt in der Kommune kommt, ist die Frau im Gerechtigkeitskomitee die Ansprechpartnerin für die weibliche Konfliktpartei (Mihemed Rubar, Interview, 28.07.2021, Anhang 18). Zusätzlich können auf der Ebene der Kommune das örtliche Frauenhaus oder, falls es vor Ort kein aktives Mala Jin gibt, Mitglieder des örtlichen Frauenkomitees tätig werden (Azad Çirav, Interview, 28.07.2021, Anhang 18). Wenn hier keine einvernehmliche Lösung gefunden werden kann, wird auf der nächsten Ebene das Frauenhaus direkt aktiv und übernimmt den Fall. Bleibt auch auf dieser Ebene die Lösung aus, landet der Fall vor Gericht. Hier steht das Frauenhaus der weiblichen Konfliktpartei beratend bei, kann aber auf die Entscheidung des Gerichts keinen direkten Einfluss nehmen (Berfê Omar, Interview, 19.08.2021, Anhang 25). Die Frauenhäuser können sich außerdem in alle strafrechtlichen Fälle einschalten, bei denen der Tatvorwurf der Gewalt an Frauen oder des Femizids gemacht wird (Rîma Barakat, Interview, 26.08.2021, Anhang 32).

Im Oktober 2014 wurden die Frauengesetze in Nord- und Ostsyrien erlassen, die unter anderem den Schutz der Frau bei der Eheschließung und während der Ehe gewährleisten sollen (Berfê Omar, Interview, 19.08.2021, Anhang 25). Während diese Gesetze in den mehrheitlich kurdischen Gebieten angewandt werden, gibt es in einigen arabischen Gebieten Schwierigkeiten bei ihrer Implementierung, weil die Lokalbevölkerung diese als unvereinbar mit ihren religiösen Vorstellungen betrachtet. Trotz dieser Schwierigkeiten zeigen die Frauengesetze auch über die Region von Nord- und Ostsyrien hinaus Wirkung. So hat beispielsweise das Baath-Regime als Reaktion auf den Erlass der Frauengesetze durch die Selbstverwaltung auch seinerseits die gesetzlichen Regelungen zum Schutz der Frauen verbessert (Rîma Barakat, Interview, 26.08.2021, Anhang 32).

Meinen Gesprächspartner:innen war es allerdings wichtig, zu unterstreichen, dass die Philosophie des Rechtssystems von Nord- und Ostsyrien gegenüber demjenigen des Baath-Regimes auf einem vollständig anderen Grundverständnis beruht. Zunächst einmal wird das eigene Rechtsverständnis als ein gesellschaftliches Konzept verstanden. Ziel ist es, Konflikte in der Bevölkerung einvernehmlich zu lösen. Scheitert dieser Versuch und der Fall landet trotzdem vor dem Gericht, sprechen mindestens drei Richter:innen kollektiv das Urteil aus. Im Justizsystem des Regimes

9 Die drei weiteren Arbeitsbereiche der Frauenhäuser sind Bildung, Medien- und Archivarbeit und die Solidaritätsarbeit unter Frauen. Für alle Arbeitsbereiche gibt es eigenständige Komitees unter dem Dach der Frauenhäuser. Das Gerechtigkeitskomitee wird in der Broschüre von Kongra Star als »Komitee für Schlichtung sozialer Angelegenheiten« bezeichnet (Kongra Star 2022: 9).

hingegen wird das Urteil stets nur von einem Richter gefällt (ebd.). Auch beim Urteilsspruch vor Gericht verfolgt das Selbstverwaltungssystem eine eigene Philosophie, das die Co-Vorsitzende des Justizrates für Nord- und Ostsyrien Rîma Barakat wie folgt zum Ausdruck bringt:

»Wir betrachten die Strafe als Mittel zur Belehrung des oder der Täter:in. Aus diesem Grund gibt es in den Haftanstalten ein Bildungssystem. [...] Wir denken, dass eine zentrale Ursache für viele Verbrechen in der Gesellschaft aus der Unwissenheit und der fehlenden Bildung der Menschen resultiert. Deswegen legen wir großen Wert auf die Bildung und wollen erreichen, dass die Menschen nach ihrer Haftentlassung wieder Teil der Gesellschaft werden können« (ebd.). Die Mitglieder des Gerechtigkeitskomitees der Gemeinde Cîrîn berichten, dass das Rechtssystem des Regimes demgegenüber auf Willkür und Korruption basierte. Entscheidend für eine erfolgreiche Klage vor Gericht war demnach weniger die Frage, ob die klagende Person tatsächlich im Recht war, sondern ob einflussreiche Personen hinter ihr standen und der/die Kläger:in das nötige Bestechungsgeld aufbrachte.« (Azad Çirav und Mihemed Rubar, Interview, 28.07.2021, Anhang 18)

Schlussendlich basieren die beiden Rechtssysteme auch auf völlig unterschiedlichen Gesetzesgrundlagen. Eine vergleichende Analyse der Gesetzestexte beider Systeme würde zwar an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Doch wir können festhalten, dass die Gesetze in Nord- und Ostsyrien auf dem Gesellschaftsvertrag von 2016 beruhen, in welchem die Grundsätze der demokratischen Selbstverwaltung und der Gleichberechtigung der Frauen, sowie der Glaubens- und Volksgemeinschaften festgehalten sind (siehe Anhang 36). Diese zentralen Grundpfeiler des Rechtssystems von Nord- und Ostsyrien spielen in der Gesetzgebung des Baath-Regimes keine Rolle. Besonders deutlich werden die Unterschiede am Beispiel von Rechtsstreitigkeiten in der Familie. Während in Nord- und Ostsyrien diese Konflikte, sofern sie vor Gericht landen, auf der Grundlage der Familiengesetzgebung gelöst werden sollen, wird im Rechtssystem des Baath-Regimes das islamische Recht der Scharia für familiäre Angelegenheiten herangezogen (Rîma Barakat, Interview, 26.08.2021, Anhang 32).

Aufbau demokratischer Stadtverwaltungen

Die Stadtverwaltungen in Nord- und Ostsyrien sind auf der Ebene der Gemeinden und Bezirke angesiedelt. Ihre Tätigkeitsbereiche ähneln denjenigen von Kommunalverwaltungen in Deutschland und umfassen öffentliche Aufgaben wie die Strom- und Wasserversorgung, die Instandhaltung der Straßen, die Müllbeseitigung, Kanalisationsarbeiten, die Arbeiten der Feuerwehr, standesamtliche Tätigkeiten wie die Ausstellung von Hochzeitsurkunden, die Registrierung und Genehmigung für Geschäftseröffnungen oder Tätigkeiten der Bau- und Wohnungsaufsicht (Hozan

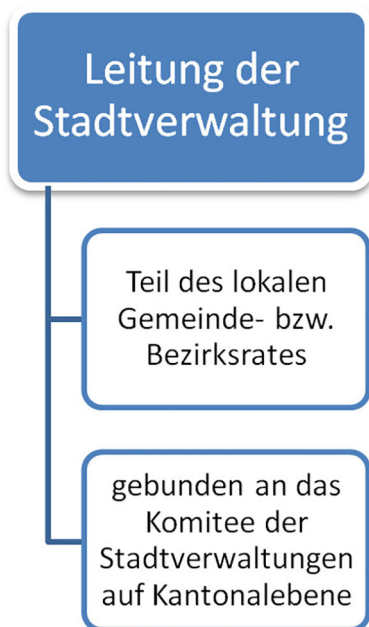
Meşdomeh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8; İlham Eliş, Interview, 26.07.2021, Anhang 15). Die interne Organisationsstruktur der Stadtverwaltung hingegen ist an das Selbstverwaltungssystem von Nord- und Ostsyrien angepasst. So verfügt jede Stadtverwaltung über einen geschlechterparitätisch besetzten Co-Vorsitz. Die beiden Co-Vorsitzenden sind gemeinsam mit fünf bis neun weiteren Personen zugleich gewählte Mitglieder des Gemeinde- bzw. Bezirksrates, an welche die Stadtverwaltung angebunden ist. In der Ratsstruktur bilden sie das Komitee für die lokale Stadtverwaltung. Zugleich stellen sie die Leitung ihrer Stadtverwaltung dar (İlham Eliş, Interview, 26.07.2021, Anhang 15). Intern werden Komitees gebildet, die für die unterschiedlichen Arbeitsbereiche verantwortlich sind. In Qamişlo gibt es beispielsweise insgesamt 13 unterschiedliche Arbeitsbereiche in der Stadtverwaltung, für die jeweils ein Komitee verantwortlich ist. In jedem Arbeitsbereich gibt es festangestellte Mitarbeiter:innen, deren Vertreter:innen Teil des jeweiligen Komitees in der Stadtverwaltung sind. So sind beispielsweise für den Arbeitsbereich der Straßenreinigung in Qamişlo zwischen 200 und 300 Personen tätig und in dem Komitee für Straßenreinigung werden die Probleme und Verbesserungsvorschläge für diesen Arbeitsbereich diskutiert. Die Leitung der Stadtverwaltung ist dafür verantwortlich, die Koordination zwischen den unterschiedlichen Arbeitsbereichen zu gewährleisten (Xizna Remo, Interview, 22.05.2021, Anhang 8).

Die Arbeiten der Stadtverwaltung werden in engem Austausch mit den lokalen Rätestrukturen ausgeübt. Die Co-Vorsitzenden der Stadtverwaltung leiten ihre Tätigkeitsberichte an die Leitung der jeweiligen Rätestruktur weiter und neue Projekte oder Arbeiten werden nur im Austausch mit dem jeweiligen Gemeinde- oder Bezirksrat angegangen (İlham Eliş, Interview, 26.07.2021, Anhang 15). Auf der anderen Seite werden Kritiken und Wünsche der Bevölkerung über die Kommunen und Rätestrukturen an die Stadtverwaltung herangetragen. Wenn beispielsweise eine Straße in einem Dorf ausgebessert werden muss, dann wird diese Notwendigkeit zunächst in der jeweiligen Dorfkommune ermittelt und anschließend in Form eines Berichts an die Stadtverwaltung der Gemeinde übermittelt. Die Kommunen und Räte sind der erste Anlaufpunkt für alle Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung. Auch persönliche Anliegen, wie eine geplante Eheschließung oder die Genehmigung für den Bau eines Hauses, bedürfen zunächst einer Bescheinigung der Kommune der antragstellenden Person, bevor sie an die Stadtverwaltung herangetragen werden können (ebd.).

Wie bei den Komitees in den Rätestrukturen üblich unterliegt auch das Komitee für die Stadtverwaltung einer doppelten Anbindung. Einerseits ist dieses Komitee, wie oben dargestellt, an die Rätestruktur ihrer jeweiligen Gemeinde oder ihres jeweiligen Bezirks angebunden. Andererseits besteht eine Bindung an das Komitee der Stadtverwaltungen des jeweiligen Kantonalrates. Auch an diese Instanz werden die Tätigkeitsberichte der Stadtverwaltungen übermittelt. Da die Stadtverwaltungen selbst nur über geringfügige Einnahmequellen verfügen, erhalten sie einen

Großteil ihres Budgets vom Komitee der Stadtverwaltungen. Dieses Komitee ist Teil des Kantonalrats und ist darüber hinaus an das Komitee für die Stadtverwaltungen auf der Ebene der Regionen angebunden (ebd.).

Abb. 12: Die doppelte Anbindung der Stadtverwaltung



Quelle: Eigene Darstellung

Wiederaneignung der Politik durch die Frauenbewegung

In der europäischen Öffentlichkeit haben die kurdischen Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten YPJ insbesondere im Zuge ihres Kampfes gegen den IS große Popularität erlangt. Das Bild, welches von ihnen medial gezeichnet wurde, folgte allerdings oftmals orientalistischen Narrativen. Die kämpfenden Frauen sollten zu Vertreterinnen eines westlichen »Wir« in einem »barbarischen« Mittleren Osten, das von den »Anderen« beherrscht wird, stilisiert werden. Während die Bilder von uniformierten und bewaffneten kurdischen Kämpferinnen die Seiten der Mainstreammedien schmückten, kamen die Frauen selbst kaum zu Wort. Ebenso wenig wurde in diesen Medien die Frauenfreiheitsideologie der kurdischen Bewegung thematisiert (Vgl. Shahvisi 2018: 2f., Şimşek/Jongerden 2021: 2). Dabei ist das Motiv der

»Befreiung der Frau« ein zentraler Grundpfeiler der Revolution von Rojava (Rojava Information Center 2019: 14). Dies kommt nicht nur in der militärischen Selbstorganisation der Frauen in den Reihen der YPJ zum Ausdruck, sondern auch in dem gesamtgesellschaftlichen Anspruch, den die Frauenbewegung verfolgt. Denn die Frauenbewegung in Nord- und Ostsyrien spielt eine wichtige Rolle bei der Wiederaneignung von Politik, Ökonomie und Wissen. Diese Bereiche sollen sowohl von der staatlichen Autorität als auch von der Männerdominanz im patriarchalen System zurückerobert werden (Zilan Hiso, Interview, 22.08.2021, Anhang 29). Als wichtigen Bezugspunkt für ihren Kampf und ihre Selbstorganisation betrachten die Frauen in Nord- und Ostsyrien die Philosophie Abdullah Öcalans (Mizgîn Khalil, Interview, 08.08.2021, Anhang 21).

Gegenwärtig gibt es eine Vielzahl von autonomen Frauenstrukturen, die in Nord- und Ostsyrien tätig sind. Im Folgenden sollen drei Strukturen, die im zivilgesellschaftlichen Bereich tätig sind und mit denen ich Interviews führen konnte, vorgestellt werden. Diese Auswahl stellt allerdings nur einen kleinen Ausschnitt der Arbeiten dar, welche die Frauenbewegung in der Region verfolgt.

Die Selbstorganisation der Frauen in Rojava nahm bereits im Jahr 2005 ihren Anfang. Sieben Jahre vor Beginn der Revolution begannen sich die Frauen autonom und klandestin unter dem Dach von Yekitiya Star, der Vorgängerorganisation von *Kongra Star*, zu organisieren. Mit Beginn der Revolution trat Yekitiya Star in die Öffentlichkeit und eröffnete Zentren für die Frauen in der Gesellschaft. Als nach dem Sieg über den IS in Kobanê sukzessive immer mehr mehrheitlich arabische Gebiete befreit werden konnten, stellte sich die Frauenbewegung der Herausforderung, auch die Selbstorganisation der arabischen Frauen voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund wurde 2016 eine Neustrukturierung beschlossen. Es wurde ein Frauenkongress geschaffen, der umfassender und inklusiver als Yekitiya Star sein sollte. Kongra Star, so fortan der Name des Frauenkongresses, sollte kurdische, arabische, christliche, tscherkessische und alle anderen Frauen in Nord- und Ostsyrien gleichermaßen unter ihrem Dach vereinen (ebd.).

Kongra Star versteht sich als Repräsentanz aller Frauen, die in den zivilgesellschaftlichen Strukturen Nord- und Ostsyriens tätig sind. Das gilt sowohl für die Frauen in den Räte- als auch in den zivilgesellschaftlichen Strukturen. Darüber hinaus stellt sie die Dachorganisation aller autonomen Frauenstrukturen in Nord- und Ostsyrien dar. Die autonome Selbstorganisation der Frauen beginnt auf der Ebene der Kommunen, wo sie eigenständige Frauenkomitees bilden. Auf der Ebene der Gemeinden und Bezirke gibt es Kongra Star Vertretungen, die von den Frauen in dem jeweiligen Gebiet aufgesucht werden können. Genau so wie im Modell der allgemeinen Rätestrukturen folgen auf die Bezirksebene Vertretungen von Kongra Star auf kantonaler und regionaler Ebene (ebd.). Intern bilden die Kongra-Star Vertretungen verschiedene Komitees für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche. Dazu gehören die Komitees für Bildung, Ökonomie, Ökologie, Kultur, Diplomatie und in

Zusammenarbeit mit den Frauenhäusern das Komitee für Gerechtigkeit. Darüber hinaus gibt es ein Pressekomitee, ein Finanzkomitee und ein dem Diplomatiekomitee zugeordnete Einheit für Öffentlichkeitsarbeit (ebd.).

Die bereits im Rahmen des Rechtssystems vorgestellten Frauenhäuser (Mala Jin) stellen ebenfalls eine wichtige Institution der Frauenbewegung in Nord- und Ostsyrien dar. Das erste Mala Jin wurde noch vor Ausrufung der Revolution im März 2011 in Qamişlo gegründet (Berfê Omar, Interview, 19.08.2021, Anhang 25). Heute gibt es insgesamt 65 Frauenhäuser in Nord- und Ostsyrien und eines in der syrischen Hauptstadt Damaskus (Kongra Star 2022: 7). Neben ihrer Arbeit in den Gerechtigkeitsskomitees fungieren die Frauenhäuser auch als Anlaufstelle für Frauen, die Schutz, Hilfe oder Unterstützung benötigen. Da eine enge Bindung zu Kongra Star vorherrscht, können schuttsuchende Frauen aber auch direkt die Kongra Star Zweigstellen in den Bezirken aufsuchen. Die Organisation von Bildungsangeboten auf kommunaler Ebene gehört ebenfalls zu den Tätigkeiten der Mala Jin. Diese Angebote verfolgen unter anderem das Ziel, die Frauen in der Gesellschaft über ihre Rechte zu informieren (Berfê Omar, Interview, 19.08.2021, Anhang 25).

Eine weitere wichtige Organisation, die sich für die Emanzipation und Gleichberechtigung von Frauen in Nord- und Ostsyrien einsetzt, ist die *Stiftung der Freien Frau in Syrien* (kurd. Weqfa Jina Azad a Sûrî, kurz WJAS). WJAS wurde im September 2014 von fünf Aktivistinnen gegründet. Bevor sich die Gründerinnen an die praktische Arbeit machten, wollten sie von den Frauen in Rojava wissen, was sie am dringendsten brauchen. Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, entwickelten die Aktivistinnen Fragebögen, die sie an 300 Frauen verteilten. Die weitere Organisation von WJAS erfolgte auf der Grundlage der Rückmeldungen aus den Fragebögen. Viele der Befragten gaben an, dass sie sich Projekte für das Empowerment von Frauen sowie Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder wünschen. Die Stiftung der freien Frau in Syrien versucht seither mit Bildungsangeboten und praktischen Projekten eine Antwort auf diesen Bedarf zu bieten. Heute arbeiten insgesamt 150 Frauen in der Stiftung und es gibt Büros in vielen Städten. Nach der Befreiung der Gebiete vom IS wurden auch in mehrheitlich arabischen Städten wie Raqqa und Tabqa Zweigstellen der Stiftung eröffnet. Zudem setzt die Frauenstiftung Projekte in den Geflüchteten Camps um. Dort arbeitet sie sowohl mit Frauen, die im Zuge der türkischen Offensiven flüchten mussten, als auch mit Frauen von ehemaligen IS-Kämpfern zusammen. Die Tätigkeit der Frauenstiftung umfasst zudem Bildungsangebote, bei denen es um Themen wie Gleichberechtigung und den Schutz der Frauen geht. Diese Angebote, die sich sowohl an Frauen als auch an Männer richten, sollen einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft und die Durchbrechung patriarchaler Denkmuster ermöglichen. Andererseits legt WJAS auch großen Wert auf praktische Projekte, die auf die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen abzielen. So unterstützt die Stiftung die Gründung von Frauenkooperativen oder bietet Kurse zum Erlernen eines Berufs an. Auch für die Betreuung von Kindern hat

WJAS Angebote geschaffen, die insbesondere für berufstätige Frauen eine wichtige Stütze bieten. So war die Stiftung beispielsweise bei der Gründung von einer Vielzahl von Kindertagesstätten beteiligt (Rûken Omer, Interview, 22.08.2021, Anhang 28).

Gleichberechtigung der Völker

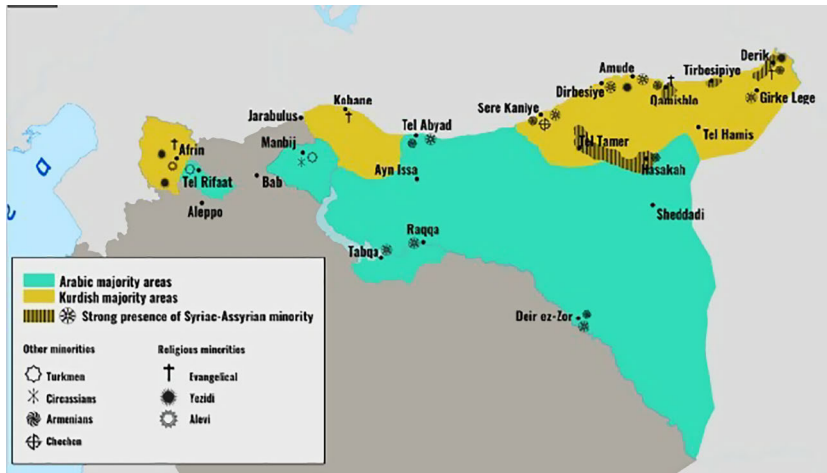
»Wir, die Völker von Rojava in Nordsyrien – Kurd:innen, Araber:innen, Assyrier:innen, Assyrier:innen, Turkmen:innen, Armenier:innen, Tschetschen:innen und Tscherkess:innen, Muslim:innen, Christ:innen, Êzîd:innen sowie Anhänger:innen der verschiedenen Glaubensrichtungen und kleinerer Religionsgemeinschaften – erklären, dass der nationalistische Staat [die Region] Kurdistan, Mesopotamien und Syrien zum Dreh- und Angelpunkt des Chaos im Nahen Osten gemacht und unseren Völkern schwere Krisen und Leiden gebracht hat.«
(Anhang 36: 3)

Das oben genannte Zitat ist der erste Satz aus der Präambel des 2016 verabschiedeten Gesellschaftsvertrags der Demokratischen Föderation Nordsyriens, der Vorgängerin der heutigen Autonomen Administration von Nord- und Ostsyrien. Aus diesem Zitat lassen sich zwei zentrale Grundüberzeugungen des Gesellschaftsmodells ableiten:

1. Die Benennung aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften im ersten Satz des Gesellschaftsvertrags soll die Gleichberechtigung all dieser Gruppen zum Ausdruck bringen.
2. Der »nationalistische Staat« wird als Ursache für das Leid der Menschen ausgemacht und muss folglich überwunden werden.

Trotz des jahrzehntelangen von den politischen Eliten in Syrien geschürten Misstrauens, insbesondere zwischen der kurdischen und der arabischen Bevölkerung, ist es dem Selbstverwaltungssystem in Nord- und Ostsyrien gelungen, wichtige Schritte in Richtung eines friedlichen und gleichberechtigten Zusammenlebens der Volks- und Religionsgemeinschaften zu gehen (Rojava Information Center 2019: 14; Barkhoda 2016: 86; Cemgil/Hoffmann 2016: 64).

Abb. 13: Ethnische Zusammensetzung Nord- und Ostsyriens



Quelle: Rojava Information Center 2019: 12

Auch meine Gesprächspartner:innen brachten bei Fragen zum Zusammenleben der Völker in Nord- und Ostsyrien zum Ausdruck, dass die unterschiedlichen Gemeinschaften der Region seit unzähligen Jahren zusammenlebten und im Alltag keine Probleme miteinander hätten (Mistefa Hesén, Interview, 22.07.2021, Anhang 12; Mahmoud Mustafa, Interview, 25.07.2021, Anhang 14). Diese gemeinsame Geschichte der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wird als Grundlage für eine gemeinsame Zukunft in der Region erachtet. Als Störfaktor für das friedliche Miteinander wird hingegen der Staat gewertet, der über Jahrzehnte hinweg bestimmte Gruppen bevorzugt, andere benachteiligt und dadurch die Gesellschaft gespalten habe (Mistefa Hesén, Interview, 22.07.2021, Anhang 12). Das Gesellschaftsmodell von Nord- und Ostsyrien sieht demgegenüber nicht nur die Selbstverwaltung aller Bevölkerungsgruppen auf der Grundlage von Kommunen und Räten vor, sondern garantiert durch Quotenregelungen auch die Repräsentanz aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften in den verschiedenen Ebenen. So gibt es beispielsweise im Bezirksrat von Qamişlo eine feste Quote für die Suryoye, die in der Stadt leben (Xizna Remo, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Ähnliche Regelungen gibt es in allen Bezirken, aber auch auf der Ebene der Kantone, Regionen und der autonomen Selbstverwaltung (Mistefa Hesén, Interview, 22.07.2021, Anhang 12).

5.2.2 Wiederaneignung der Ökonomie in Nord- und Ostsyrien

»Wenn du die Beamten des Regimes bestochen hast, konntest du mit Hilfe rechnen. Wenn du das nicht gemacht hast, lief deine Arbeit nicht. Und natürlich gab es Menschen, die niemanden bestechen konnten, weil sie schlichtweg das Geld dazu nicht hatten und arm waren. Doch jetzt ist es nicht so. Egal ob du ein Wesir bist oder nur ein einfacher Bauer, du erhältst dieselbe Unterstützung. Jeder kriegt seinen gerechten Anteil an Saatgut und seinen Anteil an Brot. Es gibt also keine Bevorteilung.«

(Agît Hisen, Interview, 26.07.2021, Anhang 16)

Der Norden und der Osten Syriens gehören zu den wirtschaftlich bedeutendsten Gebieten der gesamten syrischen Republik. So ist die heutige Region Cizîrê seit jeher als die »Kornkammer« Syriens bekannt. Hier wird bis zu 50 Prozent des jährlichen Weizenaufkommens des Landes erwirtschaftet (Flach et al. 2015: 246). Auch ein Großteil des Erdöls in Syrien wird aus den Gebieten gefördert, die heute zur Selbstverwaltung gehören. Zudem ist das seit 2018 durch die Türkei besetzte Gebiet von Efrîn berühmt für den Olivenanbau. Insgesamt 13 Millionen Olivenbäume soll es in dem Gebiet vor der Besetzung gegeben haben (Allsopp 2015: 19). Trotz, oder gerade wegen ihres natürlichen Reichtums wurden die mehrheitlich kurdischen Gebiete in Nordsyrien von den Herrschenden in Damaskus stets vernachlässigt. Das syrische Regime verfolgte eine Politik, wonach jede Provinz des Staatsgebiets für bestimmte Wirtschaftsbereiche verantwortlich sein sollte. Dadurch wurde die ökonomische Interdependenz der Provinzen gefestigt. So war die Region Cizîrê zwar für den Anbau von Weizen verantwortlich, doch die Weiterverarbeitung erfolgte in denjenigen Teilen des Landes, in denen die Industrie beheimatet war (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Aufgrund dessen wurden kaum Fabriken oder eine weiterverarbeitende Industrie in Nordsyrien aufgebaut (Jongerden 2021: 5). Außerdem wurde dem Teil der kurdischen Bevölkerung, dem nach der Volkszählung im Jahre 1962 die Staatsangehörigkeit entzogen worden war (siehe Kap. 3.3.5), die Grundlage für eine gleichberechtigte Partizipation am wirtschaftlichen Leben genommen. Dieser Personenkreis und ihre Nachkommen konnten kein Eigentum, das heißt auch keine landwirtschaftliche Fläche, erwerben und wurden dadurch in die Armut getrieben (Allsopp 2015: 156).

Die Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien kämpft heute noch mit den Altlasten der Politik der ökonomischen Vernachlässigung. Trotz der schwierigen Vorbedingungen ist es der Selbstverwaltung seit Beginn der Revolution gelungen, die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten (Flach et al. 2015: 248). Durch die Sicherstellung der Grundversorgung, auch elementarer Dienstleistungen wie der Wasser- und Stromversorgung, konnte die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien in den letzten zehn Jahren auch die Sympathien vieler Menschen gewinnen, die zuvor eher skeptisch gegenüber dem Modell eingestellt waren (Khalaf 2016: 16f.). Dennoch hat die Selbstverwaltung weiterhin mit verschiedenen ökonomischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das wohlmöglich größte Problem stellt das de facto vorherrschende wirtschaftliche Embargo gegen die Region dar. Während die Grenzen zur Türkei generell dicht sind, schließt auf Druck der Türkei auch die kurdische Autonomiebehörde im Nordirak immer wieder die Grenzen nach Rojava. Da auch der Warenverkehr in Richtung Süden, also zu den Gebieten, die vom syrischen Regime kontrolliert werden, nicht reibungslos verläuft, muss die Selbstverwaltung zum Teil auf informelle Handelsrouten für den Import von notwendigen Gütern setzen, was mit deutlich höheren Einkaufspreisen einhergeht (Flach et al. 2015: 248f.; Sabio 2016: 41; Cemgil/Hoffmann 2016: 66).

Trotz des Embargos und des anhaltenden Krieges sind in Nord- und Ostsyrien eine deutliche Zunahme von wirtschaftlichen Aktivitäten und eine Verringerung der Armut in der Bevölkerung zu verzeichnen (Xizna Remo, Interview, 22.05.2021, Anhang 8). Diese Verbesserung der Situation ist in erster Linie auf das Ende der Politik der bewussten wirtschaftlichen Vernachlässigung zurückzuführen, die unter dem Regime vorherrschte. Zudem kann das ökonomische Embargo auch als eine Chance verstanden werden, weil es die Selbstverwaltung dazu zwingt, eigene ökonomische Strukturen aufzubauen (Cemgil/Hoffmann 2016: 67). Allerdings führt die Schließung des Grenzhandels ebenfalls dazu, dass fehlende technische Produktionsmittel den Aufbau bestimmter Wirtschaftszweige massiv behindern. Dies gilt für Wirtschaftszweige, die über technisch komplexere Produktionsprozesse verfügen. So kann bereits die Gründung einer Frauenkooperative zur Produktion von Socken an fehlenden maschinellen Produktionsmitteln scheitern (Zinar 2020: 6).

Die Wasserknappheit ist eine weitere große Herausforderung für die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Hauptursache dafür ist die Verknappung der Wasserversorgung durch die Türkei. Mit zahlreichen Staudämmen behindert die Regierung in Ankara den Zufluss von Tigris und Euphrat, die beide für die Wasserversorgung Nord- und Ostsyriens von elementarer Bedeutung sind. Das führt nicht nur zu Wassermangel in der Landwirtschaft. Die Selbstverwaltung kann auch nicht genügend Turbinen ihrer eigenen Staudämme in Betrieb nehmen, um die Stromversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Die Wasserknappheit im Norden und Osten Syriens ist jedoch nicht allein auf die Politik der Türkei zurückzuführen. Die im Zuge des Klimawandels län-

ger werdenden Dürreperioden in der Region, die Verunreinigung des Grundwassers durch falsche Müllentsorgung und bewusste Sabotageakte politischer Gegner:innen gegen Wasserleitungen verschärfen das Wasserproblem in Nord- und Ostsyrien (Hunt 2019: 10).

Als wichtige ökonomische Ressource und Einnahmequelle für die Selbstverwaltung gilt das Erdöl. Das vor allem in der Region Deir ez-Zor geförderte Erdöl ist nicht nur als Heiz- und Treibstoff für die Wirtschaft der Region von Bedeutung, sondern auch für die Stromversorgung der Bevölkerung, die zu einem großen Teil über dieselbetriebene Stromgeneratoren erfolgt. Allerdings ist die Ölförderung in Nord- und Ostsyrien an Verträge gebunden, so dass das Öl nicht vollständig der Selbstverwaltung zur Verfügung steht. So wird ein Großteil des Öls von bis zu 40.000 Barrel pro Tag an das Regime in Damaskus verkauft (Wilder/Rosen 2021). Aufgrund fehlender technischer Möglichkeiten ist zudem die Aufbereitung des Öls mangelhaft, was sich auf die Qualität und den Verkaufspreis auswirkt. Diese unzureichenden Aufbereitungsmöglichkeiten sind sowohl eine Folge der Wirtschaftspolitik des Baath-Regimes als auch des anhaltenden Wirtschaftsembargos (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Der Schaden, den die Selbstverwaltung dadurch erleidet, ist nicht nur wirtschaftlicher Natur. Größere Probleme ergeben sich für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt in den Fördergebieten. Diese Probleme werden in den Strukturen der Selbstverwaltung diskutiert, ohne dass bisher nachhaltige Lösungen gefunden werden konnten (Zilan Hiso, Interview, 22.08.2021, Anhang 35).

Bei der Aufzählung der schwierigen Bedingungen für den Aufbau einer alternativen Wirtschaftsordnung darf die anhaltende Kriegssituation nicht außer Acht gelassen werden. Denn die Bemühungen um den Aufbau einer bedürfnisorientierten und kommunalen Ökonomie stehen zwangsläufig im Schatten einer Kriegsökonomie (Cemgil/Hoffmann 2016: 60). Schätzungen zufolge flossen 2016 rund 70 Prozent des Wirtschaftsbudgets der Selbstverwaltung in den Etat für die Selbstverteidigung (Barkhoda 2016: 85). Zwar ist unklar, ob nach dem militärischen Sieg über den IS die Ausgaben für den militärischen Bereich zurückgegangen sind. Doch insbesondere die anhaltende türkische Aggression belastet weiterhin die Bemühungen um einen wirtschaftlichen Transformationsprozess im Norden und Osten Syriens. Gerade in den grenznahen Regionen zur Türkei bzw. zu den von der Türkei besetzten Gebieten in Nordsyrien hat die Bevölkerung ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auf ein Minimum reduziert. Agît vom Ökonomiekomitee des Gemeinderates Cirîn beschreibt die wirtschaftliche Situation nahe der militärischen Front wie folgt:

»Jeden Tag passiert dort was. Aus diesem Grund entfaltet sich hier nur wenig ökonomische Tätigkeit. Du hältst dich zurück, ich halte mich zurück, er hält sich zurück, am Ende halten sich alle aufgrund der Lage hier zurück. Wenn hier Stabilität einkehren würde, könnten die Menschen wieder ökonomische Arbeit betreiben,

hier könnten Fabriken entstehen und es würde Arbeit geben.« (Agî Hisen, Interview, 26.07.2021, Anhang 16)

Aufbau einer kommunalen Ökonomie

Trotz der schwierigen Vorbedingungen gibt es in Nord- und Ostsyrien Ansätze für den Aufbau alternativer Wirtschaftsformen, die von der Selbstverwaltung aktiv gestützt und gefördert werden. Diese Ansätze koexistieren mit der kapitalistischen Wirtschaft, haben aber den Anspruch, die kapitalistische Marktlogik zurückzudrängen. Vordergründiges Ziel des Wirtschaftssystems in Nord- und Ostsyrien ist es, die materiellen Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu sichern. Die paradigmatischen Grundsätze der Revolution, nämlich der Aufbau demokratischer Strukturen, die Befreiung der Frau und der Schutz der Ökologie, gelten auch für den ökonomischen Bereich (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Auf dieser Grundlage strebt die Selbstverwaltung den Aufbau einer kollektivistischen Wirtschaftsordnung an, in der Kooperativen eine zentrale Rolle spielen sollen (Schmidinger 2014: 16). Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird nicht abgelehnt, aber kollektive Eigentumsformen sollen demgegenüber gefördert werden. Umgesetzt wird dies beispielsweise dadurch, dass landwirtschaftliche Flächen, die zuvor unter der Kontrolle des Baath-Regimes standen, der Bevölkerung für die Bebauung durch jährliche Pachtverträge überlassen werden (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Oftmals werden diese Anbauflächen von landwirtschaftlichen Kooperativen genutzt (Cemgil/Hoffmann 2016: 67). Da die Kooperativen allerdings noch nicht in der Lage sind, die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, greift die Selbstverwaltung auch selbst in die ökonomischen Abläufe ein. Sie kauft beispielsweise Teile der Ernte aus der Landwirtschaft auf, betreibt Getreidesilos und reguliert den Brotpreis. Darüber hinaus werden Monopolbildungen in bestimmten Wirtschaftsbereichen nicht geduldet und die Preise auf dem Markt kontrolliert (Zinar 2020: 13; Sabio 2016: 58). Die Selbstverwaltung betreibt zudem mit ihren »Newroz-Geschäften« eine eigene Lebensmittelkette mit Filialen in jeder Stadt, durch welche günstige Preise für Haushaltsprodukte garantiert werden sollen (Zinar 2020: 14). Sollten Familien dennoch von Armut betroffen sein, werden die Rätestrukturen aktiv und unterstützen die Betroffenen direkt. Die Ermittlung von bedürftigen Familien geschieht über die Kommunen, welche den übergeordneten Rätestrukturen Bericht erstatten. Diese helfen dann den Familien bei der Versorgung ihrer Grundbedürfnisse oder unterstützen Mitglieder der Familie dabei, eine Lohnarbeit zu finden (Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, Anhang 24).

Perspektivisch soll in Nord- und Ostsyrien die Hauptlast der ökonomischen Praxis durch ein breitgefächertes Netzwerk von Kooperativen getragen werden. Die Kooperative zeichnet sich dadurch aus, dass ihre Mitglieder über die Produktionsmittel in dem Betrieb verfügen, die Arbeit kollektiv leisten sowie die betrieblichen Entscheidungen demokratisch treffen (Zinar 2020: 3). Der Aufbau dieses Netzwerkes

wurde von der Selbstverwaltung bereits im Jahr 2015 angegangen. Allerdings scheiterten die ersten Aufbauversuche früh. Die Ursachen für das Scheitern beschreibt Hediya Elî, die Co-Vorsitzende des Wirtschaftsministeriums der Region Cizîrê, wie folgt:

»Damals konnten Menschen entweder durch ihre Arbeit oder durch eine finanzielle Beteiligung Teil einer Kooperative sein. Anfangs wurde versucht, möglichst große Kooperativen zu bilden. In manchen von diesen Kooperativen gab es vielleicht 10.000 Mitglieder. Doch dieses Modell ist nicht erfolgreich gewesen. Es kam zu verschiedensten Problemen unter den Mitgliedern und in der Verwaltung. Aus diesem Grund wurde die Arbeit zum Aufbau großer Kooperativen gestoppt. Die Union der Kooperativen wurde neu organisiert. Nach dieser Neuorganisation sollten ausschließlich Kooperativen gebildet werden, bei denen die Mitglieder zugleich Mitarbeiter:innen sind. Es wird nicht mehr akzeptiert, dass sich jemand ausschließlich finanziell an einer Kooperative beteiligen kann.« (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35)

Beim erneuten Aufbauprozess einer alternativen Ökonomie wird deutlich behutsamer vorgegangen. Als Dachorganisation begleitet und unterstützt die Union der Kooperativen (kurd. Yekitiya Kooperatîfan) die Gründung von neuen kooperativen Wirtschaftseinheiten. Zuvor galt das als ein Arbeitsbereich des Wirtschaftsministeriums. Mittlerweile agiert die Union als autonome Struktur, kann allerdings weiterhin auf die Unterstützung der Selbstverwaltung zählen. Der Gründung von neuen Kooperativen geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, in denen sie entstehen sollen. Da ein falsches Verständnis über die Rolle und Funktionsweise der Kooperativen als Hauptursache für das anfängliche Scheitern ausgemacht wurde, legt die Union großen Wert auf Bildungs- und Überzeugungsarbeit bei den Kommunenmitgliedern. In diesem Prozess wird gemeinsam mit den Kommunen ermittelt, welcher Bedarf und welche Möglichkeiten für die Gründung von kooperativen Betrieben in der jeweiligen Lokalität bestehen (Arîn Heyder, Interview, 24.08.2021, Anhang 31). Ist die Entscheidung für den Aufbau einer Kooperative in einer oder mehreren Kommunen gefallen, unterstützt die Union der Kooperativen nicht nur ideell, sondern auch materiell. So werden beispielsweise bei Bedarf zinslose Kredite zur Verfügung gestellt, um die notwendige finanzielle Starthilfe für die Umsetzung der Gründungsidee eines Betriebes zu ermöglichen (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35).

Aktuell existieren in Nord- und Ostsyrien vor allem landwirtschaftliche Kooperativen, die Getreide, Gemüse oder Obst anbauen. Daneben spielt die Viehzucht eine wichtige Rolle. Aber auch einige Bäckereien, Restaurants, Schneidereien, kleine Ladengeschäfte oder Friseursalons werden in Form von Kooperativen betrieben. Zudem wurden in einigen Kommunen, die Probleme mit der Stromversorgung hatten,

Kooperativen gegründet, welche dieselbetriebene Stromgeneratoren in Betrieb genommen haben und diese betreuen. Alle Kooperativen verfügen über einen internen Schlüssel für die Aufteilung ihrer Einnahmen, wobei ein kleiner Teil an die Union der Kooperativen fließt (Zinar 2020: 5). Für die Reflexion der eigenen Praxis und die Diskussion über betriebliche Entscheidungen sind die regelmäßigen Versammlungen der Kooperativen wichtig. Es gibt wöchentliche Versammlungen, in denen die verschiedenen Arbeitsbereiche der jeweiligen Kooperative ihre Berichte vorstellen und selbstkritisch ihre Praxis bewerten. Zudem gibt es monatliche Generealversammlungen der Kooperativen, in der über grundlegendere Fragen und Entscheidungen gesprochen wird (ebd.: 12). Der zweite Anlauf der Aufbauphase der Kooperativen hat bereits einige erfolgreiche Beispiele hervorgebracht. So ist in der Region Cizîre eine landwirtschaftliche Kooperative entstanden, in der die Bewohner:innen von acht Dörfern gemeinsam eine 500 Hektar große Landfläche bewirtschaften. Das Land wurde vom Landwirtschaftsministerium der Region zur Verfügung gestellt. Einen Teil der Einnahmen aus der Kooperative hat die Bevölkerung in den Bau einer Schule in ihrem Gebiet investiert (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35). Auch wenn es mittlerweile zahlreiche Positivbeispiele wie diese in Nord- und Ostsyrien gibt, betonen die Aktivist:innen im Wirtschaftsbereich immer wieder, dass sie noch ganz am Anfang des Aufbauprozesses einer alternativen Ökonomie stehen. Im ersten Schritt werden vor allem kleine Kooperativen aufgebaut und in diesen ist derzeit nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung tätig (Hevî Kobanê, Interview, 05.08.2021, Anhang 19; Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35).

Als eine treibende Kraft hinter dem Aufbau der Kooperativen gilt die Frauenökonomie. Sie bildet einen autonomen Bereich in der Wirtschaft Nord- und Ostsyriens. Ihre Arbeit ist an das Ökonomiekomitee des Frauendachverbands Kongra Star gebunden (Fatma Bihar, Interview, 05.08.2021, Anhang 19). Ziel dieses Arbeitsbereichs ist eine Wiederaneignung der Ökonomie durch die Frau und ihre Befreiung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Mann (Mizgîn Khalil, Interview, 08.08.2021, Anhang 21; Arîn Heyder, Interview, 24.08.2021, Anhang 31). Um dies umzusetzen, hat Kongra Star auf regionaler und überregionaler Ebene Ökonomiekomitees eingerichtet, die ähnlich wie die Union der Kooperativen Frauen beim Aufbau selbstorganisierter wirtschaftlicher Betriebe unterstützen sollen. Auch hier wird sowohl auf theoretische Aufklärung als auch auf materielle Unterstützung gesetzt (Arîn Heyder, Interview, 24.08.2021, Anhang 31). Darüber hinaus unterstützt Kongra Star die Frauenkooperativen durch praktische Arbeit, wie beispielsweise bei der Buchhaltung. Vertreterinnen von Kongra Star nehmen auch an den Versammlungen der Kooperativen teil, um gemeinsam mit den Mitgliedern der Frauenkooperativen betriebliche Entscheidungen zu diskutieren (Hevî Kobanê, Interview, 05.08.2021, Anhang 19). Derzeit gibt es lediglich 38 Frauenkooperativen mit 1.200 Mitarbeiterinnen in ganz Nord- und Ostsyrien, die an Kongra Star gebunden sind. Die Aktivistinnen berichten jedoch von einem großen Interesse an

ihrer Arbeit. Insbesondere Frauen aus den arabisch geprägten Gebieten, die in den letzten Jahren vom IS befreit wurden, zeigen demnach großes Interesse am Aufbau einer autonomen Frauenökonomie (Arîn Heyder, Interview, 24.08.2021, Anhang 31).

Sowohl bei den Kooperativen als auch für die Gesamtwirtschaft hat die Landwirtschaft eine bedeutende Rolle in der Ökonomie Nord- und Ostsyriens inne. Denn für die Selbstversorgung der Gesellschaft ist die Landwirtschaft unverzichtbar. Eine kommunale landwirtschaftliche Ökonomie, die auf den Kooperativen beruht, ist in Nord- und Ostsyrien zwar im Entstehen, sie deckt aber bei weitem nicht den gegenwärtigen Bedarf der Gesellschaft ab. Hinzu kommt, dass die Diversifizierung der unter dem Baath-Regime auf Weizen- und Gersteproduktion ausgelegten Landwirtschaft kein leichtes Unterfangen darstellt (Jongerden 2021: 12; Cemgil/Hoffmann 2016: 67). Vor diesem Hintergrund versucht die Selbstverwaltung, die landwirtschaftliche Tätigkeit in Nord- und Ostsyrien durch ein vielseitiges Unterstützungs- und Subventionsprogramm zu fördern. Sie stellt den Landwirt:innen Saatgut, Dünger und Diesel zu vergünstigten Preisen zur Verfügung. Ihre Rechnungen können die Empfänger:innen zinslos auf die Zeit nach der Ernte aufschieben. Bei Missernten sind weitere Zahlungsaufschübe oder Schuldenerlasse möglich (Zinar 2020: 6). Die Unterstützung durch die Selbstverwaltung erfolgt über die Ökonomie- und Landwirtschaftskomitees der Gemeinde- und Bezirksräte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen. Die Komitees prüfen auch, ob die Landwirt:innen tatsächlich ihrer Arbeit nachgehen. Denn in manchen Fällen soll das subventionierte Diesel, das für den Gebrauch der Traktoren und der Wasserpumpen gedacht ist, von den Empfänger:innen auf dem Schwarzmarkt weiterverkauft worden sein (Ismail Ezîz, Interview, 23.07.2021, Anhang 13).

Die Ökonomie- und Landwirtschaftskomitee bemühen sich, durch gezielte Angebote an die Bäuer:innen den landwirtschaftlichen Anbau in der Region zu diversifizieren. In der Gemeinde Cirîn wird beispielsweise neben Weizen auch Saatgut für Bohnen, Baumwolle, Wassermelonen, Tomaten und Sonnenblumen zur Verfügung gestellt (Agît Hisen, Interview, 26.07.2021, Anhang 16). Darüber hinaus werden in der Region unter anderem Gerste, Mais und Kichererbsen angebaut. Die Selbstverwaltung tritt auch als Käuferin der Ernteeinnahmen auf. Sie hat ein Vorkaufsrecht für Weizen, Gerste und Mais, weil es sich hierbei um Produkte handelt, die für die Grundversorgung benötigt werden und deshalb nicht in anderen Gebieten verkauft werden sollen. Die von der Selbstverwaltung gezahlten Preise für diese Produkte befinden sich oberhalb des üblichen Marktpreises. Alle weiteren Ernteprodukte können die Landwirt:innen frei auf dem Markt verkaufen (Ismail Ezîz, Interview, 23.07.2021, Anhang 13). Unterstützung von Seiten der Selbstverwaltung gibt es darüber hinaus auch für Viehzüchter:innen. Die Ökonomiekomitees registrieren hierfür die Anzahl des Kleinviehs in den jeweiligen Kommunen und stellen den Züchter:innen kostengünstiges Tierfutter zur Verfügung (Esed Xelîl,

Interview, 23.07.2021, Anhang 13). Mit Hilfe dieser materiellen Unterstützung will die Selbstverwaltung sowohl die Landwirtschaft als auch die Viehzucht in ihrer Region fördern.

5.2.3 Wiederaneignung des Wissens in Nord- und Ostsyrien

»[...] eine Gesellschaft, die sich nicht bildet, kann weder sich selbst kennenlernen, noch das System, in dem sie leben will, aufbauen und am Leben halten. All das wird durch Bildung ermöglicht.«

(Mahmūd Berxwedan, Interview, 27.07.2021, Anhang 17)

Die Forderung Abdullah Öcalans nach einer »mentalén Revolution« stößt im Norden und Osten Syriens auf große Resonanz. Die Annahme ist, dass das Bewusstsein der Menschen in der Region durch die Hegemonie der Zentralmacht entfremdet worden ist. Mit dem Aufbau eigener Forschungs- und Bildungsstrukturen soll diese Entwicklung umgekehrt werden. Die Wiederaneignung des Wissens zielt somit auf die Selbstermächtigung der Gesellschaft durch die Dekolonisierung des Bewusstseins (Barkhoda 2016: 84). Herausgefordert werden nicht nur die Wissensstrukturen der jeweiligen staatlichen Machthaber:innen, welche als »nationalstaatliche Mentalität« bezeichnet werden, sondern die eurozentrischen Wissenssysteme der »kapitalistischen Moderne« insgesamt. Gleichzeitig gehört zu dem Prozess der »mentalén Revolution«, wie sie von Öcalan gefordert wird, auch die Auseinandersetzung mit reaktionären Eigenheiten und Unterdrückungsmechanismen in den mittelöstlichen Wissenssystemen (Dirik 2021: 6). Die Befreiung des Denkens von diesen negativen Eigenschaften wird als Prozess der Selbsterkenntnis, also der Umkehrung von Selbstentfremdung, begriffen. Dies soll durch umfassende Bildungsmaßnahmen bewerkstelligt werden (Mahmūd Berxwedan, Interview, 27.07.2021, Anhang 17).

Neben dem Akt der individuellen geistigen Befreiung und der Selbsterkenntnis nimmt die Bildung auch im Aufbauprozess des neuen Gesellschaftsmodells eine fundamentale Rolle ein. Die Vermittlung einer demokratischen Geisteshaltung wird als Garant für das Funktionieren der autonomen Selbstverwaltung erachtet. Die Aktivist:innen aus dem Bildungsbereich sind sich zwar im Klaren darüber, dass es sich hierbei um eine langfristige Aufgabe handelt. Sie messen dieser Arbeit allerdings eine strategisch bedeutende Rolle zu (Firaz Efrîn, Interview, 16.06.2021, Anhang 11). Die Frage des gleichberechtigten Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften ist ein Beispiel dafür, wie wichtig demokratisches Denken für das Funktionieren des Gesellschaftsmodells ist. Denn die na-

tionalstaatlichen Kräfte in Syrien haben eine Hierarchisierung dieser Gruppen vorgenommen. Diese Denkweise zeigt sich auch heute noch in einer nicht zu leugnenden Skepsis der Gesellschaft gegenüber der Möglichkeit einer friedlichen Koexistenz der Gemeinschaften. Die Autonome Selbstverwaltung versucht diese Skepsis unter anderem durch Bildungsmaßnahmen zu durchbrechen, während Gegner:innen des Modells weiterhin die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander aufstacheln (ebd.). Auch vor diesem Hintergrund werden die Bildungsarbeiten, mit denen eine demokratische Geisteshaltung in der Gesellschaft etabliert werden soll, von den Aktivist:innen als ein Akt der Selbstverteidigung erachtet (Hozan Meşdomeh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8).

Alternative Wissenssysteme etablieren

Im vierten Kapitel der Arbeit haben wir die Kritik Öcalans an den Sozialwissenschaften wegen ihrer Unfähigkeit, Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden, diskutiert. In Nord- und Ostsyrien wird diese Kritik zum Anlass genommen, um neue Wissenssysteme aufzubauen, die über eine Verbindung zur gesellschaftlichen Realität verfügen sollen. Eine Vorreiterinnenrolle kommt in diesem Zusammenhang der Jineolojî zu, der Wissenschaft aus der Frauenperspektive (Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30). Die Jineolojî wurde von der kurdischen Frauenbewegung begründet und wird als Antwort auf die Kritik an eurozentrischen Wissenschaften verstanden. Zu der Kritik gehört eine Ablehnung der patriarchalen Wissenschaftsstrukturen, des positivistischen Paradigmas und der Subjekt-Objekt-Spaltung in den Wissenschaften. Die Jineolojî hat sich diese Kritik, die vielfach auch von kritischen Wissenschaftler:innen in Europa formuliert wird, zu Eigen gemacht und daraus ein eigenes wissenschaftliches Paradigma entwickelt (Zilan Roj, Interview, 01.06.2021, Anhang 10). Aus ihrer Sicht ist die Perspektive der Frau in den Wissenschaften durch die Dominanz der Männer im akademischen Bereich stets unterdrückt worden. Die Unfähigkeit der Sozialwissenschaften Lösungen für die drängenden Probleme der Menschheit zu finden, resultiere auch aus dem sexistischen Charakter, der ihnen inhärent ist. Wissenschaften, welche die Perspektive, die Emotionen, die Geschichte und die Rolle der Frauen aussparen, können demnach keine Antworten auf die Sorgen und Probleme der Gesellschaft finden. Die Jineolojî erhebt für sich nicht nur den Anspruch, diese Fehler in der Wissenschaft zu beheben, sondern auch die Grundlage für eine demokratische Geisteshaltung, frei von patriarchalen und sexistischen Denkmustern, zu schaffen (ebd.). Eine wichtige Grundlage der Jineolojî bildet die Verbindung zwischen Theorie und Praxis. Forschung soll stets nah an der gesellschaftlichen Realität stattfinden und Antworten auf die Probleme der Gesellschaft finden. Zilan Roj von der Jineolojî-Fakultät der Rojava Universität beschreibt diese Besonderheit eindrucksvoll am Beispiel eines spontanen Forschungsprojekts der Jineolojî zu der Situation von Frauen, die im

Zuge der türkischen Militärinvasion von 2019 in Geflüchteten Camps unterkommen mussten:

»In den Geflüchteten Camps sind oftmals die Frauen zu uns gekommen und haben gesagt, dass zwar auch Organisationen aus dem Ausland gekommen sind, um ihnen Hilfsangebote zu machen. Aber die Frauen haben klar gemacht, dass sie lieber unsere Unterstützung wünschen, weil wir ihre Situation besser verstehen. Und wir Frauen von der Jineolî können jeden Tag selbst auch zu Geflüchteten werden. Es gibt einen solchen Unterschied. [...] Wir sagen, dass wir eine gesellschaftliche Wissenschaft sind. Wir stehen nicht über der Gesellschaft oder der Natur. Das gilt für unsere gesamte Forschung. [...] Du gehst in das Geflüchteten Camp und forschst. Doch es kann sein, dass du morgen selbst das gleiche Schicksal wie die geflüchteten Frauen erleidest.« (Zilan Roj, Interview, 01.06.2021, Anhang 10)

Aus dem Zitat wird deutlich, dass die Grenze zwischen forschendem Subjekt und erforschtem Objekt im wissenschaftlichen Paradigma der Jineolî verschwimmt. Die forschende Person tritt nicht in ein fremdes Forschungsfeld ein, sondern ist Teil dieses Feldes. Die Missstände, die erforscht werden und die Lösungen, die gefunden werden sollen, betreffen die Forschenden wie die Erforschten gleichermaßen.

Die Jineolî misst lokalem Wissen eine bedeutende Rolle zu. Die Auseinandersetzung mit eigenen Realität und Geschichte, sowohl aus einer mittelöstlichen Perspektive als auch aus der Perspektive der Frau, stellen die Grundlage ihres Wissenschaftsparadigmas dar. Zilan Roj von der Jineolî-Fakultät der Rojava-Universität spricht in diesem Zusammenhang von der Ausgrabung der Wahrheit, die durch das herrschende eurozentrische Wissenschaftsparadigma verdunkelt worden ist (Zilan Roj, Interview, 01.06.2021, Anhang 10). So haben es sich die Jineolî, aber auch andere Wissenschaftszweige in Nord- und Ostsyrien beispielsweise zur Aufgabe gemacht, oral tradiertes Wissen in der kurdischen Gesellschaft zu dokumentieren und aufzuarbeiten. Mit dieser Arbeit werden zugleich eigene wissenschaftliche Quellen erschaffen (Dicle Bêrivan, Interview, 01.06.2021, Anhang 9; Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30).

Die Wertschätzung des lokalen Wissens bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass europäisches Wissen per se abgelehnt wird. Im Gegenteil, Ziel soll es sein, sich nützliches Wissen unabhängig von seiner Herkunft anzueignen und im Sinne der Gesellschaft zu verwerten (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22). Dass es dennoch in Teilen des akademischen Betriebs eine unkritische Begeisterung für eurozentrische Wissensstrukturen gibt, erklärt Serhed Wan vom Leitungsrat der Rojava-Universität mit folgenden Worten:

»In Rojava, aber eigentlich im gesamten Mittleren Osten, gibt es einen starken Hang dazu, Europa nachzueifern. Europa wird als weit entwickelter Kontinent be-

trachtet. Als wir vor einigen Jahren einen Workshop zum Thema ›Wie sieht eine demokratische Universität aus?‹ veranstaltet haben, nahmen auch Akademiker:innen aus Europa daran teil. Als dann in einem Vortrag ein Referent erklärte, dass sich die Wissensstrukturen in Europa in der Krise befinden, waren einige Lehrkräfte aus Rojava völlig perplex. Sie konnten nicht nachvollziehen, warum sich die Universitäten und die Wissenssysteme in einem vermeintlich so entwickelten Kontinent in der Krise befinden sollen. Es gibt eine allgemeine Begeisterung für Europa. Doch es gibt auch so etwas wie eine Gegenbewegung.« (Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30)

Ein ökologisches Bewusstsein schaffen

Das Konzept des demokratischen Konföderalismus beruht unter anderem auf dem Grundpfeiler eines ökologischen Bewusstseins. In Nord- und Ostsyrien wird der hohe Stellenwert der Ökologie im Gesellschaftsvertrag ersichtlich (unter anderem Artikel 2, 9 und 76, Anhang 36). In der Realität hinkt die Selbstverwaltung allerdings ihren Ansprüchen deutlich hinterher (Hunt 2019: 2). Dabei ist die Region mit schwerwiegenden ökologischen Herausforderungen konfrontiert. Die Wasserknappheit, die Müllfrage, die negativen Folgen der Erdölförderung für Mensch und Natur sowie die Luftverschmutzung sind einige der Probleme, denen sich das Selbstverwaltungsmodell von Nord- und Ostsyrien stellen muss (Flach et al. 2015: 274). Dass in der Bevölkerung aufgrund des andauernden Krieges und der ökonomischen Probleme die ökologische Frage eher als nachgeordnetes Thema wahrgenommen wird, ist wenig verwunderlich. Doch auch die politischen Verantwortlichen im Selbstverwaltungssystem haben bislang den ökologischen Fragen zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Der ökologische Themenkomplex wurde bis vor Kurzem allein als Aufgabenbereich der kommunalen Stadtverwaltungen betrachtet. Nach einer selbstkritischen Reflexion der Arbeiten im Bereich der Ökologie wurden in letzter Zeit allerdings neue Strukturen geschaffen, die sich des Themas annehmen sollen. So wurde in der Region Cizîrê der Ökologierat gegründet, in dem sich die Vertreter:innen der unterschiedlichen Strukturen zusammenfinden, die zum Thema Ökologie arbeiten. Ähnlich wie in den anderen Rätestrukturen organisiert sich der Ökologierat in unterschiedlichen Komitees. Es gibt beispielsweise ein Bildungskomitee, das Maßnahmen für die Schaffung eines ökologischen Bewusstseins in der Gesellschaft entwerfen soll. Die alltäglichen Arbeiten im ökologischen Bereich, wie die Müllbeseitigung, die Pflege von Grünflächen, die Kontrolle der Luftverschmutzung etc. werden weiterhin von der Stadtverwaltung und den lokalen öffentlichen Einrichtungen im Arbeitsbereich Ökologie übernommen. Die öffentlichen Einrichtungen, die der Stadtverwaltung im ökologischen Arbeitsbereich assistieren, sind an die Ökologieministerien der Regionen gebunden, welche für die allgemeine Koordinierung dieser Arbeitsbereiche verantwortlich sind (Zilan Hiso, Interview, 22.08.2021, Anhang 29).

Ein Ziel im Zuge der Neustrukturierung des ökologischen Arbeitsbereiches ist es, längerfristig ein ökologisches Bewusstsein in der Gesellschaft zu verankern. Es geht darum, das Verständnis der Menschen gegenüber Natur und Umwelt im Sinne des demokratisch konföderalen Paradigmas zu beeinflussen. Zilan Hiso, die Sprecherin für die Ökologiearbeiten in der Stadtverwaltung von Qamişlo, beschreibt diese Herausforderung wie folgt:

»Wir müssen ein Verständnis etablieren, das nicht alleine den Menschen ins Zentrum von allem setzt. Die Rechte der anderen Lebewesen, die Rechte von Tieren und der Natur müssen ebenfalls geschützt werden. Wir können kein gutes Leben führen, wenn wir nicht die Rechte der Tiere, der Bäume und der Natur mit ihren Schätzen über und unter der Erde respektieren.«

(Zilan Hiso, Interview, 22.08.2021, Anhang 29)

Der Bewusstseinswandel soll mit Hilfe von Bildungsarbeiten ermöglicht werden. Die Organisation von eigenen Bildungsangeboten, aber auch eine Einflussnahme auf die Lehrpläne der Schulen und Universitäten stellen hierfür Möglichkeiten dar, die in Zukunft stärker genutzt werden sollen. Ein Projekt, welches die Aktivist:innen der Ökologiearbeiten beispielsweise mit der Region Firat umsetzen wollen, sind Bildungsarbeiten mit den Kommunen zum Thema Mülltrennung und Müllentsorgung. Durch Maßnahmen wie diese erhoffen sich die Aktivist:innen nicht nur einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung leisten zu können, sondern auch ganz konkret der Verschmutzung des Flusses Euphrat Einhalt zu gebieten (ebd.).

Aufbau eines alternativen Schul- und Hochschulsystems

Zu den ersten Schritten der Revolution von Rojava gehörte der Aufbau eigener Bildungsstrukturen. Bereits 2012 wurden die ersten Schritte zum Aufbau eines eigenen Schulsystems eingeleitet. In den drei Kantonen Cizîrê, Kobanê und Efrîn wurde der kurdischsprachige Schulunterricht eingeführt, was ein Novum in Syrien darstellt. Denn unter der Herrschaft des syrischen Staates galt Arabisch als die einzige Schulsprache. Der Aufbau des eigenen Schulsystems war mit entsprechenden Schwierigkeiten verbunden, denn es gab nicht nur kein kurdischsprachiges Schulmaterial, auch mangelte es an kurdischsprachigen Lehrer:innen. Diese Hürden konnten jedoch schrittweise überwunden werden. Tatsächlich wurde in der Region Cizîrê, in dem neben Kurd:innen auch eine bedeutende Zahl an Araber:innen und Suryoye leben, sogar ein dreisprachiges Schulsystem etabliert: Neben Kurdisch, können die Schüler:innen den Schulunterricht auch in arabischer oder aramäischer Sprache genießen. Während in den Klassen eins bis drei alle Kinder nur in ihrer jeweiligen Muttersprache unterrichtet werden, können sie ab der vierten Klasse eine Sprache der jeweils anderen ethnischen Gruppe als Fremdsprache erlernen (Bedran Serkeft, Interview, 26.08.2021, Anhang 33).

Im Schulsystem Nord- und Ostsyriens gibt es eine Schulpflicht bis zum Abschluss neunten Klasse. Diese wird allerdings derzeit nicht konsequent umgesetzt, denn einige Familien schicken aus ökonomischen Gründen ihre Kinder zur Arbeit anstatt in die Schule. Die Lehrer:innen versuchen zwar diese Eltern von der Notwendigkeit des Schulunterrichts zu überzeugen. Da sie jedoch keine Möglichkeit haben, die wirtschaftlichen Probleme der Familien zu lösen, bleibt ihre Überzeugungskraft begrenzt. Nach Abschluss der neunten Klasse gibt es die Möglichkeit, die Oberstufe bis zur zwölften Klasse zu besuchen. In der Oberstufe müssen die Schüler:innen einen Fachschwerpunkt wie beispielsweise »Naturwissenschaften« oder »Sprache und Literatur« auswählen. Zum Lehrplan der Oberstufe gehört außerdem das Schulfach »Jineolojî«, in welchem sich die Schüler:innen u.a. kritisch mit patriarchalen Verhaltensmustern und Traditionen auseinandersetzen. Ziel ist es, bereits in der Schule ein Bewusstsein für die Gleichberechtigung der Geschlechter zu vermitteln (ebd.).

Die Unterschiede zum Schulsystem des Baath-Regimes sind nicht nur der Lehrsprache geschuldet. Auch die Lehrinhalte legen völlig unterschiedliche Schwerpunkte. »Das Bildungssystem [des Regimes] beruhte alleine auf der arabischen und der muslimischen Kultur. Der Zweck des Bildungssystems war es, die Schüler:innen zu guten Araber:innen und zu guten Muslim:innen zu erziehen«, erklärt Bedran Serkeft vom Forschungszentrum für Schulbildung in Nord- und Ostsyrien (ebd.). Das neue Schulsystem soll hingegen den jungen Generationen eine demokratische Kultur vermitteln. Entsprechend sind die Verantwortlichen im Bildungswesen darum bemüht, die Schulen nach demokratischen Maßstäben zu organisieren. So sollen Schüler:innenkomitees etabliert werden, die bei grundlegenden Fragen im Schulalltag über ein Mitspracherecht verfügen. Die Leitungsebenen der Schulen bemühen sich, flache Hierarchien zu schaffen und bedeutende Entscheidungen kollektiv zu treffen. Eine weitere Eigenheit des Schulsystems ist die obligatorische Feedbackkultur. Am Ende jeder Unterrichtseinheit haben die Schüler:innen die Möglichkeit, Kritik an den Methoden und Inhalten ihrer Lehrkräfte zu äußern (ebd.).

Eine große Schwierigkeit, mit welcher das Schulsystem von Nord- und Ostsyrien derzeit zu kämpfen hat, ist die Nichtanerkennung ihrer Schulabschlüsse durch das syrische Regime. Aus diesem Grund bevorzugen es einige Familien, ihre Kinder in die Schulen des Regimes zu schicken, die weiterhin in Teilen Nord- und Ostsyrien existieren. Die große Mehrheit der Gesellschaft scheint allerdings zufrieden damit zu sein, dass ihre Kinder nun den Schulunterricht in ihrer Muttersprache genießen können (ebd.).

Nach Abschluss der Oberstufe haben die Schüler:innen die Möglichkeit an den Universitäten Nord- und Ostsyriens zu studieren. Der Aufbau des Hochschulsystems erfolgte im Jahr 2014 mit der Gründung der »Mezopotamya-Akademie«. Diese war als sozialwissenschaftliches Forschungszentrum konzipiert, an dem auch stu-

diert werden konnte. In den darauffolgenden Jahren wurden mit der Eröffnung der Universitäten in Efrîn (2015), der Rojava-Universität in Qamişlo (2016) und der Kobanê-Universität (2017) die Studienmöglichkeiten für die Schulabsolvent:innen vervielfacht. Die Efrîn-Universität musste 2018 nach der Besetzung des Kantons durch die Türkei zwar schließen. Die anderen beiden Universitäten haben allerdings die Zahl ihrer Studiengänge kontinuierlich erhöht (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22; Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30). Zudem wurde Ende November 2021 auch in Raqqa, der ehemaligen Hauptstadt des IS, eine Universität gegründet (ANF 2021). Die Studiengänge an den Universitäten sind vielfältig und reichen von den Sozialwissenschaften, über pädagogische Fächer wie Erziehungswissenschaften bis hin zu naturwissenschaftlichen und technischen Fächern (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22; Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30). Ähnlich wie im Schulsystem verfolgen die Hochschulen in Nord- und Ostsyrien den Anspruch, eine demokratische Einrichtung darzustellen. Die Universitäten werden von einem Leitungsrat geführt, in dem Vertreter:innen aller Fakultäten und der Studierendenschaft ihren Platz haben. Die Fakultäten selbst verfügen über eigene Ratsstrukturen. Darüber hinaus gibt es sowohl auf Fakultäts- als auch auf Leitungsebene autonome Frauenratsstrukturen. Die Studierenden in jedem Studiengang wählen zudem ihre eigenen Sprecher:innen. Diese sind berechtigt, an den Sitzungen der Fakultätsräte und des leitenden Rates teilzunehmen und mitzuzentscheiden. Wie in allen gesellschaftlichen Strukturen Rojavas gibt es auch an den Universitäten auf allen Ebenen einen geschlechterparitätisch besetzten Co-Vorsitz (Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30).

Die Universitäten in Nord- und Ostsyrien tragen eine doppelte Verantwortung. Zum einen sollen die Studierenden hier ein demokratisches Bewusstsein erlangen und dieses nach Abschluss ihres Studiums in die Gesellschaft tragen. Die Universität ist demnach ein wichtiger Ort der gesellschaftlichen Aufklärung und Bewusstseinsbildung (ebd.). Zum anderen gibt es die Erwartung an die Studienabsolvent:innen, dass sie im Anschluss in den gesellschaftlichen Strukturen der Selbstverwaltung ihren Platz einnehmen (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22). Zweck der Universität ist es, die Studierenden dazu zu befähigen, Lösungen für die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme zu entwickeln. Damit jeder Student und jede Studentin sich ein Verständnis über die eigene Gesellschaft und ihre Probleme aneignen kann, müssen die Studierenden aller Fakultäten über vier Semester hinweg sozialwissenschaftliche Module belegen. Dazu gehören unter anderem auch Seminare des Fachbereichs Jineolojî. Die Entwicklung eines gesellschaftlichen Bewusstseins ist im Hochschulsystem Nord- und Ostsyriens für einen angehende/n Mediziner:in ebenso von Bedeutung wie für eine/n Agrar- oder Petroleumswissenschaftler:in. Dieser Ansatz ist auch als Antwort auf die Kritik an der strikten Aufspaltung des Wissens und der Wissenschaften in verschiedene Disziplinen zu verstehen (Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30).

Eine Besonderheit an der Rojava-Universität in Qamişlo bildet der noch junge Studiengang Jineolojî. Ausschließlich weibliche Studierende dürfen diesen 2017 gegründeten Studiengang besuchen. Zu den Themenschwerpunkten des Studiengangs gehören »Philosophie aus Frauenperspektive«, »die Geschichte der Frau« oder »die Gesundheit der Frau«. Im Studienfach Jineolojî sollen neue Akademikerinnen herangebildet werden, welche in der Lage sind, die Wissenschaft aus der Perspektive der Frau weiter zu vertiefen und voranzubringen. Die Absolventinnen können dann entweder an den Hochschulen oder in den Jineolojî-Akademien, die es in ganz Nord- und Ostsyrien gibt, arbeiten. Außerdem können sie als Lehrer:innen an den Oberstufen oder in den gesellschaftlichen Strukturen der Selbstverwaltung ihren Platz einnehmen, wo sie mit ihrem Wissen die Perspektive der Frauen stärken sollen (Dicle Bêrivan, Interview, 01.06.2021, Anhang 9).

Ein Problem, mit dem alle Hochschulen in Nord- und Ostsyrien zu kämpfen haben, ist der Mangel an akademischen Quellen und Lehrmaterial, insbesondere in kurdischer Sprache (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22). Darüber hinaus fehlt es insgesamt an akademischen Lehrpersonal und Fachkräften. Im Zuge des Bürgerkriegs seit 2011 haben übermäßig viele hochqualifizierte Menschen Rojava verlassen. Diese Lücke zu füllen, stellt auch heute eine große Herausforderung für die Universitäten dar (Serhed Wan, Interview, 23.08.2021, Anhang 30). Mittlerweile schließen jedoch die ersten jungen Menschen erfolgreich ihr Studium an den Universitäten Rojavas ab und arbeiten anschließend in den gesellschaftlichen Strukturen der Selbstverwaltung. Zudem erschaffen Studienende in Studiengängen wie Jineolojî durch ihre Forschungs- und Abschlussarbeiten eigene akademische Quellen, auf welche zukünftige Student:innen zurückgreifen können (Dicle Bêrivan, Interview, 01.06.2021, Anhang 9).

Erwachsenenbildung in Kommunen und Akademien

Neben dem Aufbau eines alternativen Schul- und Hochschulsystems legt die Autonome Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien auch großen Wert auf die Erwachsenenbildung. Ziel dieser Bildungsmaßnahmen ist es, allen Aktivist:innen in den Räte- und Gesellschaftsstrukturen und darüber hinaus ein Bewusstsein für das angestrebte Gesellschaftsmodell zu vermitteln. Die wichtigste Einrichtung für die Erwachsenenbildung ist die »Akademie für eine Demokratische Gesellschaft«. Die ersten Akademien wurden bereits 2014 gegründet. Heute gibt es sie in jeder größeren Stadt Nord- und Ostsyriens. Gelehrt werden dort zentrale Themen aus den Verteidigungsschriften Öcalans. Hierzu gehören philosophische sowie geschichtliche Themen, aber auch die Perspektive der demokratischen Nation als Konzept des demokratischen Zusammenlebens in einer multikulturellen Gesellschaft. Die Teilnehmer:innen der Bildungen werden von den gesellschaftlichen Strukturen zu den Bildungseinheiten in die Akademien entsandt. Diese Bildungen sind in der Regel auf einen Monat angesetzt. Die Teilnehmer:innen leben in dieser Zeit zusammen

und organisieren ihren Alltag gemeinsam mit der Akademieleitung (Firaz Efrîn, Interview, 16.06.2021, Anhang 11).

Die Bildungsarbeit an den Akademien wird als strategisch-langfristige Arbeit betrachtet. Mit ihrer Hilfe soll eine neue Geisteshaltung innerhalb der Gesellschaft aufgebaut und gegen das kolonialisierte und staatsfixierte Bewusstsein angekämpft werden. Laut Firaz Efrîn von der »Akademie für eine Demokratische Gesellschaft« in der Stadt Tabqa ist das keine einfache Aufgabe, denn die »alte« Geisteshaltung sei omnipräsent. Selbst in den Strukturen der Selbstverwaltung agieren demnach viele Menschen mit einem falschen Bewusstsein. Dadurch werden hierarchische und patriarchale Gedankenmuster immer wieder reproduziert. Es findet gewissermaßen ein ständiger »Kampf der Geisteshaltungen« statt. »Die Leute sagen, auf der einen Seite gibt es die Sachen, die wir in der Akademie gelehrt bekommen und auf der anderen Seite die Sachen, die wir in den Strukturen zu sehen bekommen«, so Firaz (ebd.). Gerade in den arabischen Gebieten Nord- und Ostsyriens kommen die Menschen bei den Bildungseinheiten oftmals zum ersten Mal mit der Idee des demokratischen Konföderalismus in Berührung. Der angestrebte Bewusstseinswandel findet entsprechend langsam statt. Ein deutlicher Unterschied sei hingegen regionsübergreifend zwischen den Geschlechtern erkennbar. Laut Firaz seien weibliche Teilnehmerinnen deutlich aufgeschlossener gegenüber den Lehrinhalten und entsprechend offen für eine Veränderung des Bewusstseins (ebd.).

Außerhalb der Akademien werden auch in den Kommunen und den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen immer wieder Bildungsmaßnahmen angeboten. Vor allem in der frühen Aufbauphase der Kommunen hat TEV-DEM großen Wert auf Bildung gelegt, damit die Aktivist:innen in der Basis zunächst einmal verstehen, welchen Zweck ihre Arbeit hat und wie das System funktionieren soll (Aras Rêvan, Interview, 20.08.2021, Anhang 26). Nach der Wahl der Mitglieder in die Kantonalräte finden in der Regel ebenfalls zunächst einmal Bildungsveranstaltungen statt (Mihriban Serdem, Interview, 08.08.2021, Anhang 20). Auch für die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) ist die Bewusstseinsbildung ihrer Mitglieder sehr wichtig. Da die PYD sich als Vorreiterin im Aufbau des demokratischen Konföderalismus in Nord- und Ostsyrien versteht, versucht sie mittels regelmäßiger Bildungsangebote ihre Mitglieder auf die politische Praxis vorzubereiten (Mahmûd Berxwedan, Interview, 27.07.2021, Anhang 17).

Autonome Bildungseinheiten bieten die Frauenstrukturen in Nord- und Ostsyrien an. Der Frauendachverband Kongra Star verfügt in den jeweiligen Bezirken, Kantonen und Regionen Nord- und Ostsyriens über eigene Bildungskomitees. Diese organisieren nicht nur Bildungsmaßnahmen für die Aktivistinnen von Kongra Star, sondern auch für die Mitglieder der Kommunen. Zudem gibt es neben den »Akademien für eine Demokratische Gesellschaft« auch autonome Frauenakademien, die umfassende Bildungseinheiten für alle Frauen anbieten, die in den gesellschaftlichen Strukturen tätig sind (Mizgîn Khalil, Interview, 08.08.2021, Anhang 21).

5.3 Fazit zur Wiederaneignung von Politik, Ökonomie und Wissen in Nord- und Ostsyrien

Nachdem wir uns die gesellschaftlichen Strukturen des Selbstverwaltungssystems von Nord- und Ostsyrien in den Bereichen Politik, Ökonomie und Wissen oben angeschaut haben, sollen in diesem Abschnitt die Ergebnisse im Hinblick auf das Konzept der »Alternativen zur Entwicklung« entsprechend des Kategoriensystems aus Kapitel 4.11 zusammengefasst werden.

5.3.1 Fazit Wiederaneignung der Politik

K1a: (Basis)Demokratie

Mit dem Aufbau eines Gesellschaftsmodells, das auf Kommunen und Räten basiert, ist in Nord- und Ostsyrien die Grundlage für ein umfassendes basisdemokratisches System etabliert worden. Die Kommunen bilden die Grundlage dieses Modells. Ziel ist eine möglichst breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Komponenten. Der Aufbauprozess des Gesellschaftsmodells ist weiterhin im Gange. Die oben dargestellten Strukturen stellen deshalb lediglich eine Momentaufnahme dar.

Die Frauenbefreiung stellt einen zentralen Grundpfeiler der autonomen Selbstverwaltung dar. Der Frauendachverband Kongra Star hat vielfältige Gesellschaftsstrukturen geschaffen, die auf eine aktive Partizipation der Frauen in Nord- und Ostsyrien abzielt. Die autonome Frauenorganisation in allen gesellschaftlichen Bereichen soll sicherstellen, dass der Wille der Frauen im System sichtbar wird. Auch in den gemischten Gesellschaftsstrukturen sollen die Frauen durch das System des Co-Vorsitzes immer und überall repräsentiert werden. Dadurch spielen sie nicht nur eine Vorreiterinnenrolle beim Aufbau eines alternativen Gesellschaftsmodells zu den zentralistischen und männerdominierten staatlichen Strukturen des Baath-Regimes. Sie fordern zugleich auch die patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse innerhalb der eigenen Bevölkerung heraus.

Den Problemen der ineffizienten Arbeitsweise der Kommunen, insbesondere durch mangelnde Beteiligung in den verschiedenen Komitees der Kommunen, wird unter anderem durch Umstrukturierungsmaßnahmen zu begegnen versucht. Es besteht eine Ambivalenz zwischen dem Wunsch durch möglichst viele Kommunen größtmögliche Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, und dem Mangel an Aktivist:innen an der Basis, die ein effizientes Funktionieren der Kommunen ermöglichen. Um solchen Problemen zu begegnen, wird mit den Strukturen experimentiert. Es gibt kein starres Festhalten an Strukturen, wenn diese keine Antworten auf bestehende Probleme geben.

Selbstkritisch äußerten sich viele meiner Gesprächspartner:innen in Bezug auf das Ausbleiben der Wahlen für die Kommunen und Rätestrukturen (Hozan Mesdomeh, Interview, 22.05.2021, Anhang 8; Sozdar Sirwan, Interview, 10.08.2021, An-

hang 24; Pervin Yusif, Interview, 29.09.2021, Anhang 34). Obwohl diese alle zwei Jahre stattfinden sollen, konnten sie seit Beginn der Revolution nur einmal durchgeführt werden. Die andauernde Kriegs- und Krisensituation wird als Grund für die Verschiebung der Wahltermine angeführt. Auch wenn die Begründung gerechtfertigt erscheint, könnten das Ausbleiben von Rotation in den Ämtern und die fehlende Legitimation durch die Bevölkerung sowohl hierarchische Verhältnisse etablieren als auch längerfristig der Legitimität des gesamten Gesellschaftsmodells schaden. Denn der Gesellschaftsvertrag sieht nicht nur alle zwei Jahre Wahlen vor, er lässt auch nur eine Wiederwahl zu und begrenzt somit die Amtszeit der Ratsmitglieder auf maximal vier Jahre.

Neben der Arbeit in den Kommunen und Rätestrukturen wird in Nord- und Ostsyrien auch der Aufbau einer breiten Zivilgesellschaft angestrebt. Durch die zivilgesellschaftliche Organisierung sollen alle gesellschaftlichen Gruppen ihre eigenen Interessensvertretungen aufbauen. Dachorganisationen wie TEV-DEM fördern und unterstützen diesen Organisationsprozess. Die Zivilgesellschaft fungiert zugleich auch als Kontrollinstanz gegenüber der Selbstverwaltung.

K1b: Autonomie

Die Grundlage des Systems von Nord- und Ostsyrien sind die Kommunen in der Basis. Auf die Kommunen folgen zwar zahlreiche weitere regionale und überregionale Ebenen. Umgekehrt zur geographischen Größe der Struktur sollen aber deren Kompetenzen und Entscheidungsbefugnisse abnehmen. So entsteht ein umfassendes dezentrales System geschaffen, in dem die Autonomie der lokalen Einheiten im Vordergrund steht. Die regionalen und überregionalen Ebenen sollen vordergründig koordinierende Funktionen übernehmen. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der autonomen Einheiten gibt der Gesellschaftsvertrag von Nord- und Ostsyrien vor. Dieser legt unter anderem die Grundprinzipien des Selbstverwaltungsmodells und zentrale Regeln wie die Wahl der Kommunen- oder Ratsmitglieder fest.

Die tatsächliche Funktionsfähigkeit der autonomen Einheiten im Gesellschaftssystem ist jedoch an den Organisierungsgrad der Bevölkerung geknüpft. Wenn beispielsweise eine Kommune aufgrund von Personalmangel nicht in der Lage ist, ihre Arbeiten fortzuführen, gerät ihre Autonomie gewissermaßen in Gefahr. Die übergeordneten Ebenen treffen in dem Fall die Entscheidungen für die Kommune. Eine solche Entwicklung widerspricht allerdings dem Grundverständnis des Gesellschaftsmodells, weswegen die Organisationsbemühungen in der Gesellschaft einen stetigen Prozess der Revolution darstellen.

K1c: Kritik/Hinterfragung des Staatskonzepts

Die Revolution von Rojava versteht sich als Gegenentwurf zum zentralistischen syrischen Nationalstaat. Das im Aufbau befindliche Gesellschaftsmodell respektiert nicht nur alle ethnischen und religiösen Gemeinschaften in Nord- und Ostsyrien,

es ist auch bestrebt, diese in das System zu integrieren. Ziel ist die Wahrung der kulturellen Vielfalt und eine friedliche Koexistenz auf Grundlage des Konzepts der demokratischen Nation. Dieses hochgesteckte Ziel erweist sich nicht immer als einfach, auch weil das syrische Regime mit seiner Arabisierungspolitik in der Region viel Misstrauen unter den ethnischen Gemeinschaften gesät hat. Viele meiner Gesprächspartner:innen sprachen dennoch davon, dass gerade in multikulturell geprägten Gebieten Nord- und Ostsyriens das friedliche Zusammenleben der Völker eine lange Tradition hat und dieses gemeinsame Erbe die Grundlage für ein kollektives Gesellschaftsmodell darstellen kann (Mistefa Hesen, Interview, 22.07.2021, Anhang 12; Mahmoud Mustafa, Interview, 25.07.2021, Anhang 14).

5.3.2 Fazit Wiederaneignung der Ökonomie

K2a: Lokale und demokratische Wirtschaftsmodelle

In Nord- und Ostsyrien wird der Aufbau einer kommunalen Ökonomie, in deren Zentrum die Kooperative steht, angestrebt. Kooperativen werden als demokratische Wirtschaftseinheiten verstanden, in denen keine Hierarchien wie im Arbeitgeber:in-Arbeitnehmer:in-Verhältnis vorherrschen. Stattdessen sind in der Kooperative alle Mitglieder gleichberechtigte Teilhaber:innen des Betriebes, sie arbeiten kollektiv, führen ihren Betrieb demokratisch und verfügen gemeinsam über die Produktionsmittel. Die Autonome Selbstverwaltung und die Union der Kooperativen fördern aktiv den Aufbau von Kooperativen, damit diese mittelfristig eine tragende Rolle auf makroökonomischer Ebene spielen können.

Aktuell sind die Kooperativen in Nord- und Ostsyrien allerdings noch weit davon entfernt, dieser Rolle gerecht zu werden. Der Aufbau erfolgt in kleinteiligen Schritten. Es wurden vor allem kleinere Kooperativen mit wenigen Mitgliedern gegründet. Es wird viel Wert darauf gelegt, durch Bildung und Überzeugungsarbeit ein Verständnis für demokratische Wirtschaftsformen in der Gesellschaft zu verankern. Die Menschen werden durch Bildungsarbeiten in den Kommunen über die Arbeits- und Funktionsweise von Kooperativen aufgeklärt. Kollektives Arbeiten ist den Menschen in der Region zwar nicht fremd, doch viele ziehen es seit Beginn der Revolution vor, ihren eigenen Betrieb zu führen oder ihr eigenes Feld zu bestellen. Die Selbstverwaltung verbietet weder das Privateigentum noch privatwirtschaftliches Engagement. Sie unterbindet allerdings die Monopolbildung und ist bestrebt kollektivistische Wirtschaftsformen zu fördern (Hediya Elî, Interview, 25.10.2021, Anhang 35).

Erste Versuche, Kooperativen in Nord- und Ostsyrien aufzubauen, wurden 2014 unternommen. Diese Initiativen sind jedoch gescheitert, unter anderem aufgrund von einem falschen Verständnis über die Funktionsweise der Kooperative. Gegenwärtig findet ein Neuorganisationsprozess in diesem Bereich statt. Die Fehler der ersten Versuche sollen nicht wiederholt werden, weswegen beispielsweise eine rein

finanzielle Beteiligung an den Kooperativen untersagt ist. Teil einer Kooperative kann nur sein, wer auch in diesen Strukturen tätig ist.

Eine wichtige Rolle im Aufbau der kollektivistischen Wirtschaft spielen Frauen. Die Frauenökonomieeinheiten unter dem Dach von Kongra Star sind ähnlich wie die Union der Kooperativen darum bemüht, Frauenkooperativen aufzubauen und diese bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Enthusiasmus und das Interesse der Frauen scheinen auch deshalb größer zu sein, weil dies für sie eine Chance darstellt, in die männerdominierte ökonomische Sphäre einen Zugang zu finden.

Auch wenn die Arbeiten im Bereich der Kooperativen noch jung und im Entstehen sind, verfügen sie zweifellos über ein wichtiges Potential. Denn mit ihrem demokratischen Grundcharakter und ihrer lokalen Anbindung an die Kommunen können sie sich gut in das Gesellschaftskonzept von Nord- und Ostsyrien eingliedern. Mit den Aktivitäten der Frauenökonomie wird zudem ein wichtiger Beitrag für den ökonomischen Teilaspekt einer geschlechterbefreiten Gesellschaft geleistet. Außerdem haben die Kooperativen ebenso wie jede andere Wirtschaftspraxis in Nord- und Ostsyrien darauf zu achten, dass ihre Tätigkeit nicht auf Kosten von Natur und Umwelt geht (ebd.). Damit vereint die ökonomische Perspektive in Nord- und Ostsyrien und ihr Fokus auf den Aufbau von vielfältigen und vernetzten Kooperativen in allen Wirtschaftsbereichen das paradigmatische Grundverständnis des demokratischen Konföderalismus – nämlich das Ziel einer demokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft. Ob diese Perspektive ihr Potential ausschöpfen und das kommunale Wirtschaftsverständnis gegenüber dem marktwirtschaftlichen Verständnis bestehen werden kann, muss die Zukunft zeigen. Gegenwärtig steckt das angestrebte Wirtschaftsmodell jedenfalls noch in den Kinderschuhen.

K2b: Bruch mit der kapitalistischen Akkumulationsordnung

Mit ein Grund dafür, weshalb der Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung in Nord- und Ostsyrien so beschwerlich abläuft, sind die ökonomischen Rahmenbedingungen: Zunächst einmal herrscht weiterhin Krieg in der Region, weswegen ein Großteil des wirtschaftlichen Budgets in den Militärhaushalt fließt. Hinzu kommt, dass die Region de facto einem Embargo ausgesetzt ist. Zu den Altlasten des Regimes gehört die ökonomische Vernachlässigung der Region, weswegen es unter anderem an einer weiterverarbeitenden Industrie mangelt. Durch die weitgehende Schließung der Grenzen für den Handel gelingt es der Selbstverwaltung nur spärlich, diese Mängel zu beseitigen, was beispielsweise an den Problemen rund um die Weiterverarbeitung des Erdöls deutlich wird. Um das schwierige ökonomische Umfeld zu vervollständigen, dürfen der Wassermangel (und der damit verbundene Elektrizitätsmangel) sowie die jahrzehntelange Pflege von Monokulturen in der Landwirtschaft, die erst langsam diversifiziert wird, nicht unberücksichtigt bleiben.

Trotz dieser schwierigen Umstände gelingt es der Selbstverwaltung vergleichsweise gut, die wirtschaftlichen Grundbedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen. Das

wird selbst von den Kritiker:innen des Selbstverwaltungssystems anerkannt. Um dies weiterhin zu gewährleisten, greift die Selbstverwaltung selbst intensiv in die ökonomischen Prozesse ein. So wird die Landwirtschaft subventioniert und die Ernte von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen aufgekauft, um beispielsweise die Brotpreise stabil zu halten. Außerdem betreibt die Selbstverwaltung eigene Lebensmittelketten, um so günstige Preise für weitere Produkte zu ermöglichen. Mit diesen und weiteren Maßnahmen gelingt es, die Grundversorgung der Menschen zu sichern. Gibt es trotz dessen Fälle, bei denen Familien von akuter Armut betroffen sind, wird durch die Kommunen- und Rätestrukturen sichergestellt, dass die Betroffenen direkte wirtschaftliche Hilfe oder Unterstützung bei der Arbeitssuche erhalten.

Die ökonomische Praxis ist auf die Grundsicherung der Bevölkerung und nicht auf Akkumulation ausgerichtet. Durch das Verbot von Monopolen und Preisregulierungen greift die Selbstverwaltung direkt in das wirtschaftliche Geschehen ein. Perspektivisch soll die Arbeit der Kooperativen die Selbstverwaltung in diesem Bereich entlasten. Die Kooperativen werden gewissermaßen als Garantie für eine gerechte Wirtschaftsordnung angesehen. Dieser Rolle können sie allerdings derzeit nicht gerecht werden, weswegen die Selbstverwaltung aktuell selbst Verantwortung übernehmen muss (Zinar 2020: 13).

5.3.3 Fazit Wiederaneignung des Wissens

K3a: Verteidigung von kommunalem Wissen und Recht auf kulturspezifische Wissenssysteme

Vor dem Hintergrund, dass die kurdische Sprache und Identität in den jeweiligen Nationalstaaten lange Zeit verfolgt und unterdrückt wurde, kommt die Revolution von Rojava einer kulturellen Renaissance für die Kurd:innen gleich. Erstmals können sie in Nord- und Ostsyrien ihre Kultur frei ausleben. Auch die Gründung eines Schul- und Hochschulsystems in kurdischer Sprache stellt einen Meilenstein für den Kampf der Kurd:innen um die Anerkennung ihrer Identität dar. Im Übrigen ist der aramäisch-sprachige Schulunterricht, der in der Region Cizîrê angeboten wird, auch für die Bevölkerungsgruppe der Suryoye ein historisches Novum. Die ethnischen Gruppen in Nord- und Ostsyrien, allen voran die Kurd:innen, konnten sich durch die Revolution von Rojava vom Assimilationsdruck des syrischen Zentralstaates befreien und erleben seitdem eine kulturelle Blüte. Die Verteidigung und der Schutz der kulturellen Differenz im Gesellschaftsmodell von Nord- und Ostsyrien ist einer der Grundpfeiler des Systems.

Zudem gibt es im akademischen Bereich ein reges Interesse an lokalem Wissen, das derzeit »ausgegraben« wird. Denn das lokale Wissen in den Gemeinschaften Nord- und Ostsyriens, das von der Literatur und Volkssagen bis hin zur volkstümlichen Medizin reicht, wurde über Generationen hinweg lediglich oral tradiert.

An den Universitäten sind nun viele Studierende und Lehrkräfte daran interessiert, dieses vorhandene Wissen zu dokumentieren und zu schützen.

Die Bildungseinrichtungen des Selbstverwaltungssystems streben darüber hinaus die Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in der Gesellschaft an. Ein solches Bewusstsein wird als Basis für das friedliche Zusammenleben der Völker und Religionsgemeinschaften betrachtet. Historisch betrachtet bevölkern verschiedenste Gemeinschaften seit Jahrhunderten die Region. Über lange Epochen soll diese Koexistenz friedlich verlaufen sein. Für die blutigen und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen ethnischen und religiösen Gemeinschaften des letzten Jahrhunderts machen viele meiner Gesprächspartner:innen vor allem die nationalstaatliche Mentalität verantwortlich, deren Überwindung durch das Selbstverwaltungssystem angestrebt wird. Die Erlangung des demokratischen Bewusstseins durch vielfältige Bildungsmaßnahmen soll dies möglich machen.

K3b: Kritik an vermeintlich universalistischen Wahrheiten und am Evolutionismus

Die Ablehnung »universalistischer Wahrheiten« ist bereits im Gesellschaftsmodell von Nord- und Ostsyrien angelegt. Das dortige System verfolgt den Anspruch, nicht blind dem »westlichen Entwicklungspfad« zu folgen, sondern eigene Antworten für die Fragen des Gesellschaftsmodells, der Ökonomie und des Wissens zu finden. Statt des Weges der vorgefertigten Antworten, die im Westen formuliert wurden, werden eigene Strukturen und Systeme geschaffen und ausprobiert. Können diese keine passenden Antworten auf die dringlichen Probleme der Gesellschaft finden, werden neue Wege eingeschlagen. Das Beispiel der Umstrukturierung der Kommunen oder die Neuorganisation der Kooperativen sind beachtenswerte Beispiele für diese Praxis.

Ob die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyriens praktisch als Gegenkonzept zum »westlichen Entwicklungspfad« selbst einen Universalismusanspruch erhebt, lässt sich zumindest kritisch hinterfragen. Gewisse Prinzipien des Konzepts stehen jedenfalls nicht zur Diskussion: Dazu gehören die Demokratie als Grundprinzip der Selbstorganisation und der Aufbau föderalistischer Verwaltungsstrukturen. Auch das Prinzip der Frauenbefreiung steht nicht zur Diskussion. Doch bereits bei dem Thema werden Veränderungsprozesse in der Gesellschaft in eher konservativeren Regionen langsamer angegangen (siehe bspw. S. 263 in vorliegender Arbeit zur Umsetzung der Frauengesetze). Darüber hinaus handelt die Selbstverwaltung wenig dogmatisch, sondern versucht die Selbstverwaltungsidee möglichst an die kulturellen und historischen Gegebenheiten der jeweiligen Gebiete anzupassen, ohne den eigenen demokratisch-transformativen Grundcharakter aufzugeben. Es wird also Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse genommen und zugleich auf ihre Demokratisierung abgezielt. Von den Machthaber:innen in Damaskus wird allerdings eine Föderalisierung und demokratische Öffnung des syrischen Staates gefordert,

in dem der Platz für die Entfaltung des Rojava-Modells garantiert werden soll (Krüger 2021). Ob in einem zukünftigen föderalistisch-demokratisch gestalteten syrischen Staat die Menschen sich dann nach dem Vorbild Rojavas selbstorganisieren oder andere Wege einschlagen, bleibt den Gesellschaften selbst überlassen. Insofern folgt das Rojava-Beispiel dem Grundsatz von Buen Vivir, nämlich dass es multiple Formen den »guten Lebens« gibt.

Westliches Wissen wird in Nord- und Ostsyrien keineswegs grundsätzlich abgelehnt, sondern als eines von vielen Wissenssystemen betrachtet, also gewissermaßen »provinzialisiert«. Wissen wird an seiner Nützlichkeit gemessen und nicht an seiner Herkunft, wie die Co-Vorsitzende der Kobanê-Universität im Interview erklärte (Şîrîn Serhed, Interview, 10.08.2021, Anhang 22). Kritik gibt es allerdings an den Methoden eurozentrischer Wissensstrukturen. Sowohl die Subjekt-Objekt-Spaltung (dazu mehr in K3d) als auch die Aufteilung des Wissens in völlig voneinander getrennte Disziplinen werden in den Wissenssystemen Nord- und Ostsyriens kritisch hinterfragt.

K3c: »Wissen von unten« und Bildung von nicht-eurozentrischen Wissenssystemen

Mit der Jineolojî als Wissenschaft der Frau hat sich in Nord- und Ostsyrien ein eigenständiger und interdisziplinärer Wissenschaftszweig etabliert. Die Jineolojî beschäftigt sich unter anderem mit der Geschichte, der Philosophie und der Gesundheit aus der Perspektive der Frau. Ihre Grundannahme ist, dass die hegemonialen Wissensstrukturen nicht nur eurozentrisch, sondern auch patriarchal sind. Die Perspektive von Frauen spielt in den hegemonialen Wissenschaften, wenn überhaupt, nur eine marginale Rolle. Die Jineolojî möchte dies aufbrechen. In Nord- und Ostsyrien wird zur Jineolojî geforscht und gelehrt. Darüber hinaus werden ihre Inhalte auch in den Akademien und in der Bildung in den Kommunen thematisiert. Ziel ist es, mit Hilfe dieser wissenschaftlichen Perspektive patriarchale Denkstrukturen zu überwinden und ein neues sozialwissenschaftliches Paradigma zu etablieren.

In den Debatten um eine Sozialwissenschaft, die näher an den Problemen der Gesellschaft ist und die über die Fähigkeit verfügt, Antworten auf diese zu formulieren, ist die Jineolojî ein Fixpunkt. Mit ihren Methoden und Erfahrungen fungiert sie als Vorbild für viele weitere Wissenschaftszweige. Denn die Menschen sollen insbesondere durch einen Neuaufbau der Sozialwissenschaften dazu befähigt werden, ihre durch den Kolonialismus und die Dominanz eurozentrischer Wissensstrukturen verursachte Selbstentfremdung zu reflektieren und die eigene gesellschaftliche Realität kennenzulernen. Dieser Prozess der Selbsterkenntnis soll die Menschen dazu ermächtigen, sich von einem staatsfixierten Bewusstsein zu befreien und in den gesellschaftlichen Strukturen Nord- und Ostsyriens Lösungen für die eigenen Probleme zu entwickeln.

K3d: Ablehnung von Subjekt-Objekt-Trennung

I. Epistemologische Ebene

Zu diesem Bewusstseinsbildungsprozess gehört auch eine Überwindung der erkenntnistheoretischen Subjekt-Objekt-Spaltung in den Sozialwissenschaften. Insbesondere in der Jineoloji wird die strikte Trennung zwischen forschendem Subjekt und erforschtem Objekt in Frage gestellt. Die Forschenden sind Teil des Forschungszusammenhangs. Sie forschen also nicht in einem Forschungsfeld, dem sie »objektiv« gegenüberstehen, denn sie sind zugleich Teil dieses Feldes. Das Forschungsproblem wird zugleich auch als eigenes Problem erachtet. Forschung bedeutet hier das Aufdecken der Probleme und Unterdrückungsmechanismen in der eigenen Gesellschaft und die Ausarbeitung von Lösungsperspektiven. Die transformative Antriebskraft ist das ideologische Paradigma, welches die Jineoloji verfolgt. Die forschenden Personen sind (potentiell) selbst von den Problemen betroffen, die durch externe Faktoren (bspw. Krieg und militärische Bedrohung) oder interne Verhältnisse (bspw. gesellschaftliche Hierarchien und patriarchale Denkmuster) verursacht werden. Das bedeutet, dass sie selbst emotional und kognitiv mit den Folgen dieser Probleme konfrontiert sind. Sie betrachten folglich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Problemen nicht als eine Angelegenheit, der sie distanziert gegenüberstehen können. Diese Auseinandersetzung ist geradezu eine persönliche Auseinandersetzung. Wissenschaftliches Arbeiten wird so zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit. Die Gesellschaft forscht, um ihre eigenen gesellschaftlichen Fragen zu beantworten.

I. Ontologische Ebene/Objektifizierung der Natur

Auch ökologische Fragen sind hiervon nicht ausgenommen. Die ökologischen Arbeiten in Nord- und Ostsyrien streben die Schaffung eines Bewusstseins in der Gesellschaft an, welche von einer belebten Natur ausgeht, die nicht durch den Menschen grenzenlos ausgebeutet werden soll. Es wäre verfrüht zu sagen, dass sich dieses Bewusstsein sich bereits etabliert hätte. Im Gegenteil, ökologische Probleme werden derzeit von vielen Menschen noch als »untergeordnetes« Problem wahrgenommen, obwohl Fragen wie die Wasserknappheit oder das Müllproblem in den Städten bereits jetzt ein bedrohliches Ausmaß angenommen haben. Die neugegründeten Ökologieräte stehen deshalb vor der Herausforderung, sich diesen Problemen zu stellen.

